Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Herausgeber Ludwig Baltz.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 7,50 M., durch Boten bezogen monatlich 8,50 M., bei Postbezug monatlich 9 M. frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postscheckkonto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis. Der 8gesp. Millim. Satzraum 50 Pf. und der 3gesp. Millim. Reklameraum M. 2,—. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen, bei deren Aufgabe in Zahlung genommen. Ziffergebühr 75 Pf., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Nr. 289. Freitag, den 9. Dezember 1921. 161. Jahrgang

Tageschronik

Nach einer englischen Blättermeldung wird das Moratorium seitens der Entente bewilligt werden.

Das Ententekapital setzt sich in Oberschlesien immer mehr fest.

Der Reichstag tritt am 13. Dezember zusammen.

Auch im Eisenbahndirektionsbezirk Hannover wurde der Personenverkehr um ¼ eingeschränkt.

Mit Portugal wurde ein Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen.

Bewilligung des Moratoriums?

Der Preis: Die Finanzkontrolle.

„Pall Mall Gazette" melden, Minister Rathenau werde nach Deutschland die Versicherung mitnehmen, daß das Moratorium seitens der Entente bewilligt werden wird. Der „Temps" erklärt, zur Kontrolle und der Verminderung der Ausgaben müsse dem Reiche ein Beirat gegeben werden, der die Verteilung der Etatsposten unter den einzelnen Ministerien vornimmt.

Die „Daily Herald" behauptet, die Annahme sei begründet, die englische Regierung unterstütze das Gesuch der deutschen Regierung bei der Bank von England um ein Darlehen von 25 Millionen Pfund Sterling. Es spiele eine wichtige Rolle in dem Ausgleichsplan zwischen England und Frankreich, zu dessen Besprechung Loucheur gekommen sei.

Eine Besprechung zwischen Rathenau und Loucheur?

Loucheur soll den Wunsch geäußert haben, eine Besprechung mit Rathenau über die Frage der Entschädigungen zu haben. Frankreich wünsche jedoch im Falle der Verwirklichung des Moratoriums den gleichen Betrag zu erhalten, den es sonst bekommen hätte.

Kabinettssitzung in Berlin.

Rathenau bleibt noch in London.

In der Reichskanzlei fand gestern vormittag unter Leitung des Reichskanzlers Dr. Wirth eine Besprechung über die Frage der Reparationspolitik statt, die gegenwärtig im Hinblick auf die bevorstehenden Zahlungstermine und die Erörterungen in London im Vordergrunde der Reichspolitik steht. An der Besprechung nahmen Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Minister Dr. Hermes und Reichsbankpräsident Havenstein teil. Der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer, der zu mehrtägigen Aufenthalt in Berlin eintraf, wurde zu der Sitzung zugezogen. Der Botschafter, der vormittags dem Reichskanzler einen Besuch machte, wurde nach der gemeinsamen Besprechung auch vom Reichspräsidenten empfangen.

Die ursprünglich für gestern vorgesehene Rückkehr Dr. Rathenaus aus London hat sich verzögert, da Rathenau offenbar die Ankunft des französischen Ministers Loucheur in London abwarten wollte. Dagegen wird der englische Minister in Berlin, Lord d'Abernon heute aus London wieder in Berlin eintreffen.

Reichstagszusammentritt am 13. Dezember.

Wie unser Berliner Vertreter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist der Reichstag nunmehr für Dienstag, den 13. Dezember zusammen berufen worden. Am 14. Dezember wird der Auswärtige Ausschuß zusammentreten. Wie bestimmt verlautet, wird der Reichskanzler Bericht über die augenblickliche Lage erstatten. Die Regierung hofft, daß bis dahin sich die schwebenden Verhandlungen in England soweit geklärt haben, daß den Parteien über Einzelheiten Mitteilung gemacht werden kann.

Zusammenkunft der Wirtschaftsminister.

Am 12. d. Mts. wird auf Einladung des Reichswirtschaftsministers in Darmstadt eine Zusammenkunft der Wirtschaftsminister der Länder zur Erörterung der gegenwärtigen Wirtschaftslage veranstaltet.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

Sitzung des Reichswirtschaftsrats.

In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats wird die Generalaussprache über das Arbeitsnachweisgesetz fortgesetzt. Abg. Beckmann (Gew. V. d. A.) tritt für besondere Abteilungen der Angestellten ein. Ucko vom Zentralverband erklärt, daß der Eigenart der Angestellten auch in dem Gesetz Rechnung getragen werden solle. Er wünsche allerdings, daß die Zeitungsanzeigen verschwinden und die Arbeitsvermittlung nur durch die Nachweise erfolge.

Geheimrat Weigert vom Arbeitsministerium wendet sich gegen die angeblich hohen Kosten der Arbeitsnachweise. Pro Kopf und pro Woche würden für den Arbeitnehmer und Arbeitgeber 8 ₰ entfallen, außerdem der gleiche Betrag für die Arbeitslosenversicherung; der gesamte Aufwand im Jahre für die Arbeitsvermittlung würde nicht 150 Millionen Mark übersteigen. (Zuruf: Hört, hört!) Die Kosten der Landesarbeitsämter sind nach dem Voranschlag mit 16 Millionen Mark angesetzt. Riedel vom Transportarbeiterverband verlangt die Einbeziehung sämtlicher Angestellten in das Gesetz. Kommerzienrat Ephraim erklärt, daß die Arbeitgeber dieser Forderung nicht zustimmen können. Die öffentlichen Nachweise müßten erst noch den Beweis ihrer Leistungsfähigkeit erbringen.

Die Autonomie-Bestrebungen

Wesentliche Bedenken in der preußischen Regierung

In einer Anzahl von Teilen des preußischen Staates sind noch immer gewisse Autonomie-Bestrebungen vorhanden. Das trifft vor allem auf die Provinz Hannover und auf den bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens zu. Wie wir hören, ist jetzt in den Kreisen, die bei der Beratung der Reichsverfassung in Weimar sich sehr stark für eine stärkere Betonung der Interessen der einzelnen Landesteile zu Ungunsten Preußens einsetzten, heute aber bereits ein starker Umschwung der Stimmung eingetreten. Auch in der preußischen Regierung bestehen wesentliche Bedenken. Eine Sonderstellung nimmt die Groß-Hamburger Frage ein, die allerdings auch nicht gelöst werden kann, bevor nicht die Verhältnisse Altonas geregelt sind. Wie verlautet, ist seitens Preußen der frühere Minister Südekum als besonderer Staatskommissar bestellt worden, um in dieser Frage Vorschläge zu unterbreiten. Eine Entscheidung wird auch hier erst in Frage kommen können, wenn diese Vorschläge vorliegen.

Verkehrseinschränkung auch in Hannover

Eine amtliche Auslassung zur Kohlennot.

Die Eisenbahndirektion Hannover teilte dem Verkehrsverband Niedersachsen mit, daß wegen Mangels an Kohlen der Personenverkehr auf den vierten Teil des bisherigen Umfangs eingeschränkt werden muß. Der Beginn der Maßnahmen ist in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember zu erwarten.

Reichsverkehrsministerium und Reichskohlenkommissar veröffentlichen eine Erklärung, in der es u.a. heißt:

„Die Betriebslage bei der Reichsbahn ist immer noch äußerst gespannt, weil der schon über drei Wochen anhaltende Frost an vielen Stellen anfangs dieser Woche 10 bis 12 Grad betrug, wozu noch betriebserschwerende Winde und Nebel auftraten. Das behinderte die Tätigkeit der Ablaufberge in den Rangierbahnhöfen so, daß die Leistungen der Bahnhöfe bis auf zwei Drittel zurückgingen. Damit verschlechtert sich aber der Wagenumlauf: Der Wagenmangel nimmt zu, und das alles zu einer Zeit, wo die zugefrorenen Wasserstraßen für den Transport ausscheiden. Die Kohlenversorgung leidet unter diesen Verhältnissen besonders. Da die Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs die erste Voraussetzung für das Zusammenhalten der gesamten Wirtschaft ist, muß die Reichsbahn zunächst mit Kohle stärker als in letzter Zeit beliefert werden. Wenn dadurch für andere Verbraucher vorübergehend weitere Kürzungen in der Kohlenversorgung eintreten, so muß dieser Nachteil im Interesse der Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes in Kauf genommen werden."

Die deutsche und französische Steuerbelastung.

Im französischen Senat wurden dieser Tage zahlenmäßige Behauptungen über die deutsche Steuerbelastung und ihr Verhältnis zur französischen Belastung aufgestellt, die den Tatsachen widersprechen. Die Steuerlast beträgt in Deutschland 28,7 Prozent des Einkommens, in Frankreich dagegen nur 17,75 Proz. Die deutsche Steuerbelastung ist also nicht, wie im französischen Senat behauptet, leichter, sondern erheblich schwerer als die französische. Dabei ist aber noch nicht einmal die ungeheure Steuerbelastung berücksichtigt, die sich aus den dem Reichstage vorliegenden 25 Gesetzentwürfen ergibt.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten nahm einen Antrag auf Erhöhung der krankenversicherungspflichtigen Gehaltsgrenze auf 40 000 ℳ Einkommen jährlich an. Der Beamtenausschuß des Reichstages verwahrte sich dagegen, daß Regierungsentwürfe in Beamtenangelegenheiten den Gewerkschaften und Beamtenorganisationen zugänglich gemacht werden, ehe sie dem Ausschuß bekanntgegeben werden.

Gewinn und Kapitalzuwachs in der Steuerpolitik.

Die Steuerpolitik eines Staates ist nur dann richtig eingestellt, wenn sie die Produktion des Landes schützt und unterstützt; denn nicht das Geld ist das Wesentliche in der Staatswie in der Volkswirtschaft, sondern die Ware in ihrer Erzeugung und ihrem Umlauf.

Die Höhe der Produktion unserer gesamten Volkswirtschaft wird in erster Linie bestimmt durch die Gesamtheit unserer privatwirtschaftlichen Produktionsbetriebe. Diese stellt zugleich eine der wichtigsten Gruppen der Steuerzahler dar. Hier treffen sich also die beiden Linien der Besteuerung und der Produktion auf das engste und gehen ein Abhängigkeitsverhältnis mit einander ein. Denn sobald die Steuern in irgend einer Weise störend in die Produktion eingreifen, werden sie für den Staat illusorisch, da die Warenpreise steigen und der Staat teurer einkaufen muß als vorher.

Es gibt nun zwei Arten von Steuern, die einen entscheidenden Einfluß auf die Produktion ausüben: die Gewinn- und Kapitalzuwachssteuer. An beiden läßt sich besonders klar erkennen, wie stark das Abhängigkeitsverhältnis von Steuern und Produktion zu einander ist. Man stelle sich z. B. einmal vor, daß die Gewinnbesteuerung eine gewisse Grenze überschreitet und dem Unternehmer die Kaufkraft wegnimmt, die dieser sonst zur Erhaltung und Ausdehnung seiner Betriebs-Produktion verwenden würde. Dadurch würde die Erneuerung und Vermehrung der Warenvorräte und des Betriebskapitals verhindert und jeder natürliche Wertzuwachs unmöglich gemacht werden. Der Ueberschuß an Gewinnsteuer würde also für den Staat durch einen mindestens ebenso großen Verlust an Kapitalzuwachssteuer ausgeglichen werden, und es käme dazu noch der Nachteil der Produktionshemmung.

Der Staat wird also am besten tun, die Besteuerung den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Er hat dann zwei große Vorteile. Einerseits wird der Ertrag der Zuwachssteuer im Laufe der Zeit dauernd ansteigen, denn die angeschwächte Kaufkraft des Unternehmens kann an eine Verarößerung der Betriebe herangehen. Und andernteils werden die Steuereinnahmen des Staates aus den höheren Betriebsgewinnen sich allmählich steigern, da bei einer ungehemmten Produktion die Gewinnmöglichkeiten bedeutend größer sind.

Aber Beiden wird durch die heutige Steuerpolitik mit allen Mitteln entgegengearbeitet. Das Verhältnis, das heute zwischen Staat und Produktionsbetrieben besteht, läßt an die Geschichte vom Bauern und seiner Milchkuh denken. Der Erlös der verkauften Milch schien dem Bauern zu gering und er vermietete die Kuh tagsüber für Feldarbeit. Von Stund an gab die Kuh viel weniger Milch und die Kunden des Bauern zogen sich zurück, da die Milch allmählich auch immer schlechter wurde. Dem guten Mann blieb schließlich nichts anderes übrig, als „die Sachwerte zu erfassen" und die Kuh zu schlachten. Seitdem war er aber ein armer Mann und von allen verachtet. —

Hilfe für die Kleinrentner.

Die anerkannte Not der Kleinrentner soll in erster Linie von den Ländern und Gemeinden gemildert werden. Das Reich gewährt aber Zuschüsse, die sich im laufenden Jahre auf 100 Millionen Mark stellen. Die Grundsätze für die Verwendung dieser Summe werden von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat festgelegt.

Darlehen an Berufsgenossenschaften.

Das Reich hat sich bereit erklärt, in die Berufsgenossenschaften als die Träger der Unfallversicherung Darlehen im Gesamtbetrage von 300 Millionen Mark zur Deckung der Postvorschüsse auf die erhöhten Zulagen in der Unfallversicherung zu gewähren.

Ministerialrat Scheller beurlaubt.

Der preußische Geschäftsträger in München, Ministerialrat Scheller hat um einen vierwöchigen Urlaub nachgesucht. Offenbar hat Ministerialrat Scheller eingesehen, daß er in München nicht mehr auf dem rechten Posten ist.

Die deutschen Städte fordern dringend Reichshilfe

Fast sämtliche deutschen Städte sind bei der Reichsregierung wegen der Gewährung von Beihilfen vorstellig geworden, da die den Gemeinden überwiesenen Steuereinnahmen zur Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211209-11/fragment/page=0001

streitung der infolge der Teuerung wachsenden Kosten bei weitem nicht ausreichen. Der Berliner Oberbürgermeister hat zur Vorbereitung dieses Schrittes die Berliner Reichstagsabgeordneten sämtlicher Parteien zu einer Besprechung eingeladen, um ihnen Aufklärung über die finanzielle Notlage der Städte, vor allem Berlins, zu machen.

Der Berl. Magistrat lehnt die Forderung der Obdachlosen ab.

Der Berliner Magistrat hat am Donnerstag beschlossen, den Forderungen, die von den Obdachlosen auf Bewilligung einer Beihilfe von 100 *M* für jeden Obdachlosen gestellt waren, nicht stattzugeben.

Dreißigfache Preissteigerung des Druckpapieres.

Die Zellstoffabrikanten haben den Beschluß gefaßt, für den Monat Januar den jetzigen Preis für Druckpapierzellulose von 340 *M* um 320 *M*, also auf 660 *M* für je 100 Kg. zu erhöhen. Das bedeutet beinahe eine Verdoppelung der erst im vorigen Monat heraufgesetzten Preise. Die Druckpapierfabriken sahen sich durch diese Erhöhung veranlaßt, auch ihrerseits die Preise für Druckpapier um weitere 80 *M* für je 100 Kg. heraufzusetzen. Dazu kommen noch erhöhte Forderungen der Holzstoffabrikanten, die Kohlenpreiserhöhung usw. Die Folge davon ist, daß der schon jetzt auf das Zwanzigfache gegenüber dem Friedenspreis gestiegene Papierpreis im Januar zum mindesten auf das Dreißigfache steigen würde. Die Nachwirkungen, die diese phantastischen Preissteigerungen für das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe haben werden, liegen ohne weiteres auf der Hand.

Die Flaggen-Frage.

Von parlamentarischer Seite wird unserem Berliner Vertreter mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei die Flaggenfrage im Reichstag wieder zur Sprache bringen will. Die Deutsche Volkspartei unterstützt damit das Vorgehen der Deutschnationalen Volkspartei. In beiden Parteien ist man der Auffassung, daß sich inzwischen die Ansicht über die Handelsflagge derart geläutert hat, daß man annimmt, eine jetzt günstigere Abstimmung im Reichstage zu erreichen. Bekanntlich wurde bei der letzten Abstimmung im Reichstag die schwarz-weiß-rote Flagge nur mit wenigen Stimmen von einem fast leeren Hause abgelehnt.

Zeitungsverbot.

Das „Neißer Tageblatt“ wurde polizeilich bis zum 10. cr. verboten wegen Wiedergabe der scharfen Angriffe Dr. Kleiners auf dem deutschnationalen Parteitage.

Boldts Ehrenwort.

In der Bürgerschaftssitzung in Hamburg kam es bei der Besprechung der Interpellation Bergmann (U. S.) über die Flucht des Oberleutnants Boldt, zu lebhaften Auseinandersetzungen sämtlicher Parteien mit den Kommunisten, bei denen sich der Kommunist Urban zwei Ordnungsrufe zuzog. Der Gefängnisdirektor Koch (Mitglied der Bürgerschaft) erklärte in der Debatte, daß Boldt ihm sein ausdrückliches Ehrenwort, nicht zu flüchten, nicht gegeben habe.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Im Untersuchungsausschuß des Landtags über die März-Unruhen in Mitteldeutschland wurde am Donnerstag die Zeugenvernehmung fortgeführt. Die Zeugen, Offiziere und Wachtmeister der Schupo machen ins Einzelne gehende Angaben über die Kämpfe. Es wird von ihnen entschieden in Abrede gestellt, daß von der Schupo Rohheiten oder Gewalttätigkeiten begangen worden seien. Auf die Frage des Abg. Heilmann (Soz.) warum die Hundertschaft jetzt 7. Hundertschaft heißt, gibt der Zeuge Wachtmeister Barteld an, daß von der Beamtenschaft gebeten worden ist, eine Aenderung der Bezeichnung vorzunehmen, damit sie sich in nichts von den anderen Hundertschaften unterscheiden. Auf Antrag des Abg. Dryander (Dn.) soll dem Zeugen ein Schlußwort gestattet werden mit Rücksicht auf die schweren Angriffe, die gegen die Schupo geäußert worden sind. — Zeuge: Wir bitten, unseren Aussagen nur fünfzig Prozent des Glaubens zu schenken, mit denen die Angaben anderer Zeugen aufgenommen worden sind. Wir werden überall als Mörderbande bezeichnet. Wie sollen wir uns bei einem neuen Putsch benehmen, wenn man uns so nennt? (Lebh. Zustimmung). Es waren ausgedehnte Gefechtshandlungen. Wir haben oft kein Essen bekommen und jetzt werden wir von allen Seiten angegriffen. Beigeordneter Behrendt stellt fest, daß keine Plünderungen seitens der Schupo in Querfurt stattgefunden haben. Nicht er habe falsche Angaben gemacht, sondern die Kommunisten haben sich selbst ins Unglück hineingestürzt. (Bewegung.) Der nächste Zeuge Fritsche bekundet, daß er wie andere Gefangene in Halle von der Schupo mißhandelt worden ist. Er ist ebenso wie andere Gefangene mit Gummiknüppeln geschlagen worden. Am Montag soll mit der Brauchbarmachung der Beweisaufnahme begonnen werden.

Sächsische Sparsamkeit.

Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß von den alten Akten bis zum Jahre 1875, die vernichtet oder den Behörden oder Privatpersonen zurückgegeben werden, die alten Briefmarken herausgeschnitten und dem Ministerium eingesandt werden sollen, das sie verkaufen will. — Am gleichen Tage, an dem diese Sparsamkeitsmaßnahme veröffentlicht wurde, beschloß der Landtag eine Erhöhung seiner Tagegelder um etwa 100 Prozent gemäß den Vorschlägen der Regierung.

* * *

Lerонds neue Instruktionen.

Wie unser Berliner Vertreter von unterrichteter Stelle erfährt, ist General Lerond aus Oppeln nach Frankreich abgereist. Seine Reise war bedingt durch die jetzt notwendig gewordene Einschränkung der militärischen Besetzung in Oberschlesien. Lerond wird von seiner Regierung die nötigen Weisungen zur Einschränkung der militärischen Besetzung entgegennehmen. An Berliner maßgebenden Stellen ist man der Auffassung, daß die Verhandlungen der deutsch-polnischen Kommission, die demnächst in Oberschlesien beginnen werden, Ende Januar abgeschlossen sein können und daß deshalb für Mitte Februar eine Räumung Oberschlesiens von den alliierten Truppen erfolgen muß. Die Vorbereitungen dazu soll General Lerond treffen.

Das fremde Kapital in Oberschlesien.

Die „Tribuna“ meldet, daß de Martini nach Rom kommen wird, um sich mit della Toretta zu besprechen über die italienische Ausbeutung der Industriezone in Oberschlesien. Eine italienische Kommission wird Oberschlesien besuchen zum Zwecke eines Abkommens mit Polen.

Die Aktien der Deutschen Eisenhandels-A.-G. sind von englischem Kapital aufgekauft worden. In der Kattowitzer Bergbau-A.-G. haben sich Italiener festgesetzt. Die Königs- und Laura-Hütte befindet sich unter dem Einflusse von Tschechen. Auch die Franzosen dehnen ihren Einfluß auf den oberschlesischen Bergbau weiter aus.

Der neue Regierungspräsident für Oberschlesien.

Das preußische Staatsministerium hat den bisherigen Landrat des Kreises Lublinitz, Geh. Regierungsrat Brauweiler kommissarisch zum Präsidenten der Regierung in Oppeln bestellt.

Smeets freigelassen.

Der wegen Nichterscheinens vor Gericht verhaftete rheinische Sonderbündler Smeets wurde auf Befehl der Interalliierten Rheinlandkommission aus der Haft wieder entlassen.

Fieberträume der französischen Kammer.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer ergriff Andreal das Wort zu einer heftigen

Anklagerede gegen Deutschland.

Jenseits des Rheins seidie Mobilisierung von sieben Millionen vorbereitet. Die Zahl habe sich übrigens sicher vergrößert. Lefevre verliest die Liste sämtlicher sogenannter Geheimorganisationen. Die Ausmarschlinie sei jetzt hinter dem Schwarzwald, und von Stuttgart nach der Schweiz seien die Linien verdoppelt worden. Man bereitet eine Mobilisierung vor. Die Kommission Nollet entdeckte von Zeit zu Zeit Waffen und Munitionslager. Das deutsche Heer hat ein Reglement veröffentlicht, dem ein Vorwort des Generals Seeckt beigegeben sei. General Seeckt schreibt offiziell, daß das deutsche Heer sich für eine Offensive mit allen modernen Mitteln vorbereite. Infolge eines Zwischenrufes des Abg. Blum stellt Abg. Lefevre richtig, das Dokument Seeckts vorsehe, daß die Funktion des deutschen Heeres so erfolgen müsse, als ob das jetzige Heer die Mittel eines großen Heeres besitze. Es sage aber nicht, daß sie es besitze.

Hierauf ergreift Kriegsminister **Barthou** das Wort und erklärt, daß es keine Tatsache, kein Dokument gebe, daß Lefevre vorbrachte, das nicht von strengster Richtigkeit wäre. Der Ministerpräsident, der mit der Kontrolle der Ausführung des Friedensvertrages beauftragt sei, habe in Washington keine andere Sprache als die Lefevres geführt.

Abschluß des deutsch-portugiesischen Handelsabkommens.

Der Abschluß des deutsch-portugiesischen Handelsabkommens auf der Grundlage der Meistbegünstigung ist am 2. Dezember erfolgt. Der Abschluß wird von zuständiger deutscher Seite als sehr erfreulich angesehen.

Enver Pascha gegen Angora.

Nach einer Konstantinopeler Meldung des „Messagero“ hat Enver Pascha sich plötzlich Batums bemächtigt und rüstet zum Widerstande gegen die Regierung von Angora, an die er ein sechstägiges Ultimatum gestellt hat.

Unruhen in Chicago.

In Chicago kam es zu ernsten Unruhen. Bei Zusammenstößen einer gewaltigen Menschenmenge mit der Polizei wurden neun Personen erschossen. Die Unruhen dehnen sich weiter aus. Die Polizei wurde sehr behindert durch Banden von Frauen, die den Beamten Pfeffer in die Augen warfen, sodaß zahlreiche Polizisten geblendet weggetragen werden mußten.

Preußischer Landtag

Die Nachtsitzung vom Mittwoch.

Berlin, 8. Dezember 1921.

In der spät abends festgesetzten Sitzung sprachen noch der Abg. **Wende** (So.), der ein Reichsgesetz zum Schutze der ländlichen Arbeiter verlangte, und die Abgg. **Christian** (Dnatl.), **Schmidt** (Ztr.) und Beise (D. Vp.), die den guten Willen der Landwirtschaft betonten, die Produktion zu fördern.

Landwirtschaftsminister Dr. **Wendorff** sprach sich günstig über den deutschnationalen Antrag aus, einen Damm nach der Insel Fehmarn zu bauen. Es lägen bereits mehrere Pläne dem Ministerium vor. Dem Wunsch nach einer Arbeitsgemeinschaft aller Parteien zur Förderung der Landwirtschaft stimmt der Minister lebhaft zu.

Die Aussprache schloß, die **Abstimmungen** wurden auf Freitag nachmittag 4 Uhr vertagt.

Es folgt der

Haushalt der Bergverwaltung

in Verbindung mit dem Antrage und der großen Anfrage der Mehrheitssozialisten über die Stillegung der Zeche **Maximilian** und der großen Anfrage der Unabhängigen über die Stillegung der Zeche **Bergmann** bei Witten. Der Ausschuß hat die Etatsansätze vielfach erhöht, besonders für Verbesserungen im Betriebe. Vom Ausschuß und den Parteien liegen insgesamt **etwa 10 Anträge** zur Aufbesserung der Arbeiter und Angestellten und zur Erhöhung der Betriebssicherheit vor.

Die Antrittsrede des Handelsministers Siering

gibt eine Uebersicht über die Pläne seiner Ministeriums- und seiner eigenen Ziele. Seine Hauptaufgabe werde sein, den **Frieden** zwischen Arbeitgebern u. Arbeitnehmern zu sichern und dazu bedürfe er der Gewerkschaften, der Betriebsräte und vor allem auch der unschätzbaren Kräfte, die in dem Wissen und Können der Arbeitgeber lägen. Der Wahnsinn des Friedensvertrages nehme uns mit der Kohle die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Hierzu komme nun noch die Losreißung Oberschlesiens. Bisher hatten wir monatlich 1 300 000 Tonnen Steinkohlen aus Oberschlesien, künftig nur noch 300 000 Tonnen. Der Rest müsse also anderswoher bezogen werden. Mit Erz, Blei, Silber sei es noch schlimmer bestellt. Der preußische Bergfiskus verliere dort seine besten, größten Gebiete, besond. auch die noch unverschlossenen Felder. Die verlorene Kohle gehört gerade zu den hochwertigen Kohlen, die unsere Industrie nötig hat, so wird es zum Stillstand mancher Werke, zum Ausblasen mancher Hochöfen und zu Arbeiterentlassungen kommen. Eine andere Sorge ist die der **Ernährung der Arbeiter** im Ruhrgebiet, wo die Kartoffelpreise infolge der wucherischen Umtriebe eine ungeahnte Höhe erreicht haben. Redner nimmt dann Stellung zu den Anträgen, denen er mit wenigen Ausnahmen zustimmt. Er gedenkt mit inniger Teilnahme der Opfer der neuen

Katastrophe bei Saarbrücken

und teilt mit, daß die Regierung zunächst 300 000 *M* überwiesen habe. Zur Erhöhung der Sicherheit in den Betrieben sei das **Grubensicherheitsamt** geschaffen, das in jedem Bezirk Sicherheitskontrollen einrichten werde, in denen auch die Arbeitnehmer und auch immer zwei Mitglieder des preußischen Landtages vertreten sein sollten.

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf **Freitag**.

Aus Stadt und Umgebung

Privat-Theater-Gesellschaft Merseburg.

* Nach dem wohlgelungenen Stiftungsfest im Oktober d. J. trat gestern abend wieder die hiesige Privat-Theater-Gesellschaft (gegr. 1828) mit einem „Bunten Abend“ an die Oeffentlichkeit, zu dem man nach dem großen Tivoli-Saal nicht umsonst eingeladen hatte; der überaus zahlreiche Besuch brachte dem Verein aufs neue den Beweis allseitigster Beliebtheit in allen Kreisen unserer Stadt. Der erste Teil des Abends, der allerdings diesen voll und ganz ausgefüllt hätte, brachte die künstlerischen Darbietungen in Gestalt zweier Theaterstücke, die in ihrer Art von einander grundverschieden und in dieser Beziehung allerdings lieber nicht für einen Abend zusammengestellt worden wären. Das erste Stück „Die letzte Fahrt“ (oder „Eine vergessene Geschichte“), ein dreiaktiges Liederspiel von Stettenheim mit der Musik von Conradi, bietet in seinem Inhalt etwas tief Ergreifendes und Fesselndes, durch die ganze, übrigens geschmackvoll schlicht und einfach aufgebaute Handlung zieht sich das Motiv der aufopfernden Vaterliebe für die in Not geratene Familie des Sohnes, ihm zuliebe tut der Greis, ein alter Postillon, die letzte Fahrt, deren glücklichen Ausgang er infolge der Ueberanstrengung mit dem Tode bezahlt. Ein wundervolles, auch durch sehr wirkungsreiche Bühnenszenerie und -beleuchtung stark sentimental anmutendes Abschlußbild mit der leicht schwebenden Postillonmusik als Begleitung, sichert dem Stück einen guten Gesamteindruck, der durch die ohne Zweifel restlos befriedigende Wiedergabe auch in den kleinsten Rollen zu meisterhafter Höhe erhoben wurde. Die einzelnen Darsteller, die auch die nicht ganz wenigen Gesangspartien recht zufriedenstellend bewältigten, verdienen fürr ihr warmes und herzliches Spiel vollste Anerkennung. Daß gegenüber einem solchen Gelingen das zweite Stück, ein an und für sich schon längst nicht so hoch zu bewertendes Lustspiel, eine schwierige Aufgabe hatte, war vorauszusehen; um so höher ist das unverzagte Spiel der Darsteller zu bewerten. Der mit dem Titel „Das war ich“ (oder „Die böse Nachbarin“) ausgestattete Einakter bringt die üblichen Verwechslungen und Hintergehungen mit schließlich doch glücklichem Ausgang in doppelter Aufmachung auf die Bühne und erzielt daher gewiß eine recht unterhaltende Stimmung im Publikum. Auch hier bewegte sich die Wiedergabe durchweg auf beachtlicher Höhe, und der zahlreich gezollte Beifall sowie die den Hauptdarstellern überreichten Blumenspenden mögen den Darstellern den Dank der Erschienenen wenigstens etwas zum Ausdruck gebracht haben. Die aus Mitgliedern der hiesigen Orchestervereinigung zusammengestellte Kapelle, die schon während der Pausen und vor dem wieder einmal recht lange auf sich warten lassenden Zeichen zum Beginn ihre flotte Musik zu Gehör gebracht hatte, leitete in flottem Marsch zu dem anschließenden Ball über, der allerdings bei der inzwischen schon bedenklich vorgerückten Zeit manchem vielleicht etwas kurz schien.

Gefährliche Einbrecher.

* Heute morgen zwischen 5 und 6 Uhr betraf ein Beamter der Schutzpolizei vier Männer mit einer schweren Kiste in der Elektrischen, die in der Richtung Halle fortfahren wollten. Man nimmt an, daß sie schon mit einer Elektrischen aus der Richtung Mücheln gekommen waren. Als der Beamte sie nach dem Inhalt der Kiste fragte, ergriffen die Männer die Flucht. Dem Beamten gelang es leider nicht, da er stürzte, einen dingfest zu machen. Die in der Richtung Lauchstädterstraße Flüchtenden wurden von dem Beamten verfolgt. Auf der Flucht schossen sie zweimal auf den Verfolger, ohne jedoch zu treffen. Die benachrichtigte Schupo unternahm sofort eine Streife. In der beschlagnahmten Kiste befanden sich 2½ Ztr. Wurstwaren und Speck. Wo der Einbruch stattgefunden hat, ist noch nicht bekannt.

Von Hunden angefallen.

* Als heute morgen 7 Uhr eine junge Frau von hier ihrer Beschäftigung auf der Meuschauer Mühle nachging, wurde sie auf dem Mühlengrundstück von zwei großen Hunden angefallen. In ihrer Angst schrie sie um Hilfe und warf sich zu Boden. Herbeieilende Angestellte der Mühle befreiten die Frau aus ihrer gefährlichen Lage. Die Frau kam glücklicherweise mit dem Schreck davon. Verletzungen hat sie nicht erlitten, doch war die Kleidung arg zerrissen.

Volkssammlung für das notleidende Alter.

* Zur Linderung der Notlage unserer alten Leute hat die Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege, in welcher die führenden deutschen Organisationen der freien Liebestätigkeit zu gemeinsamer Hilfsarbeit sich zusammengefunden haben, beschlossen, ein großzügiges Altershilfswerk unter dem Titel „Altershilfe des Deutschen Volkes, Volkssammlung für das notleidende Alter“ durchzuführen und von der preußischen Regierung bereits die Genehmigung zu dieser Sammlung erhalten. In geradezu erschütternder Weise mehren sich in letzter Zeit die Anzeichen von der verzweifelten wirtschaftlichen Lage unserer alten Leute, die infolge Altersgebrechlichkeit oder Krankheit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und nun keine Möglichkeit mehr haben, einen Ausgleich zwischen ihren kärglichen Einnahmen und den riesenhaft anwachsenden Ausgaben herbeizuführen. Das deutsche Volk wird auch bei der neuen Aufgabe, für unsere alten Leute, für die schuldlosen Opfer unseres wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu sorgen, nicht versagen. Daher fordert die Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege alle Volkskreise zur Mitarbeit an dem Altershilfswerke auf. Näheres über den Zeitpunkt der Sammlungen und die Annahmestellen für Spenden wird in Kürze von der Geschäftsstelle der Altershilfe des deutschen Volkes, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 2, bekannt gegeben werden.

Eine musikalische Adventsandacht

findet kommenden Sonntag in der Altenburger Kirche statt. Herr Max Else (Bariton) und Frau Maria Else-Jeep (Mezzosopran) werden einige Advents- und Weihnachtslieder vortragen. Der Kirchenchor singt eine Choralparaphrase.

Krüppelfürsorge.

* Um den körperlich Behinderten die erforderliche Fürsorge zur Besserung bezw. Beseitigung ihres Leidens zuteil werden zu lassen, werden alle mit einem Krüppelleiden behafteten Personen (insbesondere auch Kinder), die eine Behandlung auf öffentliche Mittel wegen bedürftiger Lage wünschen, hiermit aufgefordert, sich zur Untersuchung durch Herrn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211209-11/fragment/page=0002
DFG

Stadtarzt Dr. Ehrhardt, Große Ritterstraße 27, in dessen Sprechzimmer zu Montag, den 12. Dezember, oder Dienstag, den 13. Dezember, nachm. 5 Uhr, einzufinden. Die Untersuchung geschieht kostenlos. Es soll zunächst festgestellt werden, ob das Leiden überhaupt heilbar ist und durch welche Maßnahmen eine Besserung erreicht werden kann.

Eine Verkrüppelung liegt vor, wenn eine Person infolge eines angeborenen oder später erworbenen Knochen-Gelenk-, Muskel- oder Nervenleidens oder Fehlens eines wichtigen Gliedes oder von Teilen eines solchen, in dem Gebrauch des Rumpfes oder der Gliedmaßen nicht nur vorübergehend derart behindert ist, daß die Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte voraussichtlich wesentlich beeinträchtigt ist.

Die neuen Postgebühren.

* Der Reichsrat beschäftigte sich gestern u. a. mit den Vorlagen betr. die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Der Brief bis 20 Gramm soll im Ortsverkehr eine Gebühr von 1 M. im Fernverkehr 1.50 M betragen. Die Postkarte im Ortsverkehr 0.60 M, im Fernverkehr 1.00 M. Die Gebühr für das Päckchen wird von 1.50 M auf 4.00 M gesteigert. Dem reihen sich entsprechende Erhöhungen der Postscheckgebühren an. Die Telegrammgebühr steigert sich auf 75 Pfennig das Wort, und für das Telegramm mindestens von 3.00 M auf 7.50 M. Für die Fernsprechgebühren sollen die in dem neuen Gebührentarif vom 1. Oktober festgesetzten Gebührensätze um 80 v. H. erhöht werden. Alle diese Gebührenerhöhungen sollen mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten. Der Entwurf über die Fernsprechgebühren soll bestimmen, daß jeder Fernsprechteilnehmer berechtigt ist, seinen Anschluß bis zum 25. Dezember auf den 31. Dezember dieses Jahres zu kündigen.

Die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats haben der Vorlage zugestimmt, weil keine andere Möglichkeit besteht, das ungeheure Defizit zu decken. Das Plenum des Reichsrats stimmte den Beschlüssen der Ausschüsse zu.

Eine neue Eisenbahntariferhöhung.

* Im Personenverkehr plant die Reichseisenbahnverwaltung zum 1. Februar k. J. eine neue Tariferhöhung, die im allgemeinen eine Erhöhung der jetzt geltenden Fahrpreise um 75 v. H. bringen wird. Dies bedeutet eine Steigerung des Kilometersatzes in der 1. Klasse von 76,05 Pf. auf 133,1 Pf., in der 2. Klasse von 42,25 Pf. auf 74 Pf., in der 3. Kl. von 25,35 Pf. auf 44,4 Pf. und in der 4. Kl. von 16,9 Pf. auf 29,6 Pf. Dem Vernehmen nach werden die Zuschläge für Schnellzüge nicht um 75, sondern „nur" 50 v. H. erhöht werden. Die Bahnsteigkarten werden 1 Mk. kosten.

Aus dem Pferdezuchtverband der Provinz Sachsen.

* Im Anschluß an die Hengstnachkörung der Provinz Sachsen findet am Mittwoch, den 18. Januar 1922, vorm. 11 Uhr, in der Viehhalle am Ostbahnhof zu Stendal eine Hengstversteigerung statt. Es werden hier eine größere Anzahl Zuchthengste belgischen Schlages versteigert. Es bietet sich daher für Einzelzüchter sowie Genossenschaften, welche bisher noch keine Hengste gekauft haben, eine günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Zuchtmaterial.

Die neuen Fahrpreise der Leipziger Außenbahn.

* Im Anzeigenteil der heutigen Nummer gibt die Leipziger Außenbahn-Aktien-Gesellschaft die neuen Fahrpreise bekannt, die mit Wirkung vom 10. Dezember 1921 an in Kraft treten. Gleichzeitig werden die im alten Tarif ausgegebenen Knipskarten gekündigt, deren Giltigkeit am 24. d. M. erlischt.

Berichtigung.

* Zu unserem vorgestrigen Bericht über die Monatsversammlung des Stenographen-Vereins Stolze-Schrey wird uns mitgeteilt, daß es sich bei dem Vorbereitungskursus nicht um die Vorbereitung für die Ablegung einer staatlichen Prüfung handelt, da es eine solche für dieses System nicht gibt.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Ernennung.

** Starsiedel, 7. Dez. An Stelle des Gutsbesitzers Karl Riele in Starsiedel, welcher sein Amt infolge hohen Alters niedergelegt hat, ist der Landwirt und Gemeindevorsteher Ernst Hirsch zum Abschätzungs- und Versicherungskommissar der Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen ernannt und verpflichtet worden.

Prozeß einer Stadt gegen die Thüringer Gasgesellschaft.

** Schkeuditz, 7. Dez. Im Prozeß der Stadtgemeinde Schkeuditz gegen die Thüringer Gasgesellschaft hat die Stadt Schkeuditz vor dem Landgericht in Halle ein obsiegendes Erkenntnis erstritten.

1700 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer.

** Halle, 7. Dez. Um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen, hat der Magistrat beschlossen, da ihm eine andere ertragreiche Quelle nicht mehr zur Verfügung steht, den Zuschlag zur Gewerbesteuer von 638 Prozent auf 1700 Prozent zu erhöhen, und zwar soll die Erhöhung rückwirkende Kraft vom 1. April d. J. erhalten.

Abgelehnte Wahl.

** Halle, 7. Dez. Der zum Stadtrat gewählte Redakteur Kasparek (USP.), Landrat a. D., hat das Amt abgelehnt, obgleich er von der Regierung bestätigt worden ist.

Sturm im Stadtparlament.

** Halle, 7. Dez. In der jüngsten Stadtverordnetensitzung kam es zu einer Radauszene der Kommunisten. Die Herren wünschten, daß den Familien der wegen der Beteiligung am Märzaufruhr im Gefängnis sitzenden Parteigenossen Erwerbslosenunterstützung gezahlt werde, wurden aber von bürgerlichen Rednern mit dem Hinweis abgewiesen, daß die Stadt den Bedürftigen dieser Familien bereits Armenunterstützung zahle. Im übrigen möchten die Kommunisten die Agitationsgelder aus dem Auslande, vor allem aus Rußland, zu Hilfeleistungen für die Opfer der kommunistischen Hetze verwenden. Da brach ein Sturm los. Der Kommunist Knauthe nannte die Bürgerlichen „Janhagel" und erging sich sonst noch in allerlei Beschimpfungen. Der kommunistische Antrag wurde schließlich mit 31 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Räuberischer Ueberfall.

† Weißenfels, 9. Dez. Am vergangenen Montag gegen 9 Uhr abends wurde ein auf dem Bahnhof Weißenfels beschäftigter Eisenbahnarbeiter aus Kriechau auf dem Nachhausewege zwischen Burgwerben und Kriechau von 4 jungen Wegelagerern überfallen und seiner Barschaft, sowie seiner Handschuhe beraubt. Die betreffenden Landstreicher hatten sich in einem in der Nähe befindlichen Strohschober versteckt. Die Untersuchung bezw. Verfolgung der Angelegenheit ist eingeleitet.

Letzte Depeschen

Kein Moratorium?
Keine Ministerkonferenz mit Rathenau?

Paris, 9. Dez. Zu der von der Zeitung „Pall Mall and Globe" veröffentlichten Nachricht, daß Dr. Rathenau nach Berlin zurückkehren würde mit der Zusicherung, daß Deutschland ein Zahlungsaufschub bewilligt werden solle, und daß diese Maßnahme das Ergebnis des Zusammentreffens zwischen Sir Robert Horne, Loucheur und Rathenau sei, bemerkt der Londoner Havasberichterstatter, es sei niemals auf der Konferenz zwischen dem englischen und dem französischen Minister die Rede von einem Zahlungsaufschub gewesen, auch habe kein Zusammentreffen zwischen Horne, Loucheur und Rathenau stattgefunden.

Paris, 9. Dez. Havas meldet aus London: Loucheur hatte gestern vormittag im Schatzamt eine Besprechung mit Sir Robert Horne. Diese dauerte von 11¼ bis 1 Uhr und bezog sich auf die Zahlungen in natura und das Wiesbadener Abkommen, dessen Funktionieren Loucheur auseinandersetzte, wobei er die Gründe angab, die die französische Regierung veranlaßt hätten, dies Abkommen abzuschließen.

Einigung über das neue Ortsklassenverzeichnis.

Berlin, 9. Dez. (Eig. Drahtber.) Die im Reichsfinanzministerium gepflogenen Verhandlungen mit der Beamtenschaft über das neue Ortsklassenverzeichnis haben zu einer völligen Einigung geführt. Nach den Regierungsvorschlägen ist die Mehrzahl der deutschen Großstädte z. B. Königsberg, Stettin, Halle, Breslau, Kiel, Magdeburg in eine höhere Ortsklasse (A) gekommen. Auch von den Mittel- und Kleinstädten ist ein großer Teil gehoben worden. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1921 haben. Die sich ergebenden Nachzahlungen sollen noch vor Weihnachten in die Hände der Beamten gelangen. Es handelt sich jetzt darum, daß der Reichstag unter Verzicht auf Abänderungen das Gesetz so bald wie möglich verabschiedet.

England gegen Frankreichs Einbeziehung in die neue Allianz.

Washington, 9. Dez. Die Erklärungen des englischen Premierministers Riddells lassen erkennen, daß England gegen eine Einbeziehung Frankreichs in eine solche Allianz ist. In der Besprechung, die zwischen Hughes, Balfour und Admiral Kato stattfand, soll Hughes den Abschluß eines Viererabkommens vorgeschlagen haben, worauf Balfour erwiderte: „Wir haben Gelegenheit genug zu Reibungen mit Frankreich im Occident und müssen vermeiden, neue Schwierigkeiten im Osten zu schaffen."

Im Gegensatz hierzu erklären die Amerikaner, daß das für den Stillen Ozean in Aussicht genommene Abkommen ein regelrechter Vertrag zwischen Amerika, England, Frankreich und Japan wäre, und dadurch alle schwebenden Fragen gelöst würden. Es ist also verfrüht, bei diesem Stande der Dinge von dem bevorstehenden Abschluß eines Abkommens zu sprechen.

Auch Italien möchte nicht fehlen.

Washington, 19. Dez. Die italienische Abordnung ist der Ansicht, daß jede Abmachung, die die Zukunft Chinas sicherstellt, oder die verhütet, daß aus dem Besitz der Inseln im Stillen Ozean Schwierigkeiten erwachsen, durch den Beitritt Italiens in den Mächten des Fernen Ozeans an Stärke gewinnen würde. Es sind von den italienischen Delegierten bereits Anbeutungen gefallen, daß sie einen Antrag in diesem Sinne bei der Konferenz einreichen werden.

Die Rückgabe Kiautschous an China.

London, 9. Dez. Reuter meldet aus Washington, die japanische Delegation habe China bei der Wiederaufnahme der Besprechungen über Schantung zugestanden, falls dies von der Regierung in Tokio ratifiziert werde, daß China alle Privatbesitz in dem Pachtgebiet von Kiautschou zurückerhalte. China ist auch bereit, Japan alle Gelder zurückzuerstatten, die Japan durch die Herstellung von Gebäuden und Werkstätten entstanden sind.

Aus Provinz und Reich

Der Raubmord in Brehna.

** Brehna, 9. Dez. Zu der Mordtat in Brehna geht uns noch folgende Meldung zu: Josef Krug, wohnhaft in Berlin, betrieb einen Handel mit Wollwaren, Kleidungsstücken und auch Wertobjekten, wie Gold- und Silbersachen. Wie allmonatlich, hatte er sich auch diesen Monat nach Brehna begeben, wo er einen guten Weihnachtsverdienst erwartete. Gestern abend saß er mit einem gewissen Otto Franke aus Brehna im Wirtshaus, wo beide eifrig geistigen Getränken zusprachen. Nach Mitternacht verließen beide das Wirtshaus. Am nächsten Tage fiel es auf, daß K. nicht mehr zu sehen war. Der Verdacht einer etwaigen Ermordung wurde sofort in dem kleinen Oertchen laut und fiel auf Franke, mit dem man K. zuletzt gesehen hatte. Der Verdacht verstärkte sich noch dadurch, daß Franke nachts spät nach Hause gekommen war und den noch wachliegenden Kindern eine größere Geldsumme gezeigt hatte. Eine bei Fr. sofort vorgenommene Haussuchung förderte dann überraschenderweise die blutbefleckten Kleider des K. zu Tagesicht. Als weitere Belastung fand man bei Franke einen Dolch, der Blutflecken aufwies. Fr. wurde sofort verhaftet, leugnet jedoch noch entschieden, die Tat ausgeführt zu haben. Die Leiche des K. ist bisher noch nicht aufgefunden worden. Franke wird im Laufe des Tages der Staatsanwaltschaft Halle zugeführt.

Raubüberfall.

† Wittenberg, 8. Dez. Der Kaufmann Hans Pfleger wurde von einem hiesigen Einwohner am Verbindungsweg zwischen Lutherstraße und Schwanenteich bewußtlos aufgefunden. Eine herbeigerufene Schupowohlfahrtsstreife brachte den Bewußtlosen nach dem Gasthause Madsack, wo Pfleger angab, von zwei Personen an der Stelle, wo er aufgefunden wurde, überfallen, durch Schläge auf den Kopf betäubt und seiner Barschaft von über 17 000 Mark beraubt worden zu sein. Aerztlicherseits wurden an ihm vier Beulen festgestellt, die von Schlägen herrühren dürften.

Zwei Mordversuche an Ehefrauen.

† Berlin, 9. Dez. Der Berliner Architekt Lisko versuchte gestern in seiner Wohnung zu Wilmersdorf seine Frau durch mehrere Revolverschüsse zu töten. Hausbewohner, die durch die Schüsse alarmiert wurden, versuchten in die Wohnung einzudringen. Lisko stellte sich ihnen mit dem Revolver entgegen. Die Frau hatte sich inzwischen auf den Balkon geflüchtet, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Die von Straßenpassanten herbeigerufene Feuerwehr drang mittels einer Leiter über den Balkon in die Wohnung ein. In diesem Augenblick tötete sich Lisko durch einen Schuß in die Schläfe. Die schwerverletzte Frau wurde von der Feuerwehr ins Krankenhaus gebracht. Der Grund zur Tat dürfte Eifersucht des Ehemannes gewesen sein. — Bewußtlos, aus einer Kopfwunde blutend, wurde gestern abend im Humboldthain die 36 Jahre alte Frau Dorothea Urban aus der Soldiner Straße aufgefunden. Man brachte sie nach dem Krankenhaus, wo die Aerzte eine schwere Schußverletzung feststellten. Die Kugel steckt noch im Kopf. Die Revierpolizei ermittelte als den Täter den Ehemann der Schwerverletzten, den 47 Jahre alten Wilhelm Urban, der von seiner Frau getrennt lebte, und nahm ihn wegen versuchten Mordes fest.

Wieder ein Raubmord in Berlin.

† Berlin, 8. Dez. Der 75 Jahre alte Kaufmann Alexander in Charlottenburg wurde am Dienstag abend 11 Uhr in seiner Wohnung, Wielandstraße, tot auf dem Sofa liegend, aufgefunden. Die Leiche wies am Halse Strangulationsmerkmale auf. Die Handteller und die Unterärmel des Ueberziehers, mit dem der Ermordete noch bekleidet war, waren schmutzig und wiesen darauf hin, daß der Tote auf dem Fußboden durch das Zimmer geschleift und schließlich auf dem Sofa niedergelegt worden war. Neben dem Ermordeten lag die leere Brieftasche, die nach den Angaben des Sohnes mehrere tausend Mark enthalten haben soll. — Als Mörder Alexanders kommt ein 20jähriger junger Mann in Frage, der von dem Ermordeten oft zu Botengängen benutzt wurde. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Max Klante aus der Untersuchungshaft entlassen.

Berlin, 8. Dez. Max Klante, der Sportbankgründer mit dem Millionendefizit, wird wegen schweren Lungenleidens aus der Untersuchungshaft entlassen.

Selbstmord eines Liebespaares.

† Elsterwerda, 7. Dez. Hier erschoß sich im Hotel ein elegant gekleidetes junges Paar. Es ergab sich, daß die Frau die 28jährige Gattin eines Fabrikbesitzers aus Dresden ist, der Mann ihr 23jähriger Chauffeur. Beide hatten seit langer Zeit ein Liebesverhältnis und haben im gemeinsamen Einvernehmen den Tod gesucht.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Berliner Produktenbörse vom 8. Dezember.

Am Produktenmarkte gestaltete sich das Geschäft außerordentlich ruhig. Roggen schwächte sich ab im Zusammenhang mit der Enttäuschung hinsichtlich der erwarteten Käufe seitens der Reichsgetreidestelle. Die Verfassung des Dollars wirkte gleichfalls nachteilig auf den Preisstand, namentlich für Weizen, ein. Das Mehlgeschäft vollzog sich außerordentlich schwierig und die Mühlen hielten infolgedessen mit Käufen zurück. In Gerste vermehrte sich das Angebot. Nur für gute Qualitäten zeigte sich bei nachgiebigen Forderungen Kaufneigung. Hafer stellte sich im Einklang mit der Abschwächung des Maispreises niedriger. Raps wurde gleichfalls billiger verkauft. Für Hülsenfrüchte zeigte sich geringes Kaufinteresse. Auch in Futterartikeln wurde bei matterer Haltung wenig umgesetzt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 8. Dezember.

Weizen märkischer 374—378, matter; Roggen, märkischer 288—290, flau; Gerste (Sommergerste) 370—390, matt; Hafer, märkischer 285—290, still; Mais, ohne Provenienzangabe 310—315, Jan.-Nov. 302—305, flau; Weizenmehl 910—1040, feinstes über Notiz, matter; Roggenmehl 690—760, still; Weizenkleie 190—195, ruhig; Roggenkleie 195, ruhig; Raps 690—700, weichend; Viktoriaerbsen 450—475, Kleine Speiseerbsen 360—390, Futtererbsen 290—300, Rapskuchen 260—270, Leinkuchen 360—365, Trockenschnitzel, prompt, 170—175.

Leipziger Schlachtviehmarkt.

Leipzig, 8. Dez. Auftrieb: Rinder 165, Ochsen 30, Bullen 40, Kalben 18, Kühe 77, Fresser —, Kälber 754, Schafe 394, Schweine 703. Tiere zusammen: 2016.

Preise für 50 Klg. Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. —, 2. Kl. 750—850, 3. Kl. 600—750, 4. Kl. 400—600. Bullen 1. Kl. 750—825, 2. Kl. 650—750, 3. Kl. 500—650, 4. Kl. 400—500. Kalben —. Kühe 1. Kl. 800—850, 2. Kl. 650—800, 3. Kl. 500—650, 4. Kl. 350—500. Fresser-Abteilung: —. Kälber 1. Kl. —, 2. Kl. 1000—1100, 3. Kl. 850—1000, 4. Kl. 700—850. Schafe 1. Kl. 700—775, 2. Kl. 550—700, 3. Kl. 400—550. Schweine 1. Kl. 1600—1700, 2. Kl. 1800—1850, 3. Kl. 1400—1600, 4. Kl. 1150—1400, 5. Kl. 1150—1400. — Geschäftsgang: Rinder sehr langsam, alle übrigen Tiere langsam. — Ueberstand: 25 Rinder, 12 Ochsen, 6 Bullen, 17 Kühe, Kälber 00, Schafe 00, 33 Schweine.

Berliner Lederbörsentag vom 8. 12.

Die Börsenversammlung erfreute sich recht befriedigenden Besuches und bot Gelegenheit zu eifriger Besprechung der gegenwärtigen Verhältnisse. Der wesentliche Preisabschlag auf der Leipziger Auktion in Verbindung mit der Unsicherheit auf dem Devisenmarkt veranlaßte, daß die auch sonst im Dezember geübte Zurückhaltung dieses Mal verschärfte Formen angenommen hat. Eine maßgebende Preisbildung ist deshalb nicht festzustellen.

Der Preisrückgang am Häutemarkt.

Auf allen in diesem Monat abgehaltenen Versteigerungen sind die Preise für Häute und Felle, wenn auch anfangs weniger erheblich, so doch auf den jüngsten Auktionen fast durchweg bis zu 50 Prozent und mehr zurückgegangen. Infolge dieser Verhältnisse nehmen die Käufer sowohl auf den Versteigerungen wie auch am Ledermarkt eine abwartende Haltung ein. Die Preise für rohe Häute und Felle, die einen ungeheuren hohen Stand erreicht hätten und bei einer weiteren Verteuerung auch alle aus Leder herzustellenden Artikel, insbesondere Schuhwaren, ganz gewaltig verteuert hätten, dürften nach diesem Preisabschlag auch auf eine Abwärtsbewegung der Lederpreise von Einfluß sein.

Preisrückgang am Fettmarkt.

Wenn auch die Preise für Butter am inländischen Markt infolge der geringen Zufuhren sich bisher auf ihrem hohen Stand behaupten konnten, so sind denn doch durch den Umschwung am Devisenmarkt die Preise für Margarine und insbesondere für Schmalz, ganz erheblich gesunken. Die Kaufkraft der Händler nimmt denn auch ständig zu und auch die Konsummachfrage ist befriedigend.

Verantwortliche Redaktion: Politik örtl. und prov. Teil: Dr. Hablo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Balz. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211209-11/fragment/page=0003

Puppen ◆ Spielwaren
Geschenk-Artikel
Lederwaren, Sportartikel

Grosse Auswahl! Bescheidene Preise!

Hans Käther, Ecke Entenplan, Kl. Ritterstraße 1.

Stadttheater Halle.
Sonnabend, abds 7½ Uhr:
Die Zeit wird kommen.

Verein der Ostmärker
Nächsten Montag, abends 7½ Uhr im Restaur. „Tivoli"
Monats-Versammlung.

Reichardts Hafer-Kakao
wieder eingetroffen bei
Martha Hoffmann
Schokoladen-Geschäft.
Gotthardtstraße 14.

Kleinkunst-Bühne
Neues Schützenhaus /// Tel. 292
Direktion: H. Eisenberger
Täglich abends 8¼ Uhr
Sonntags nachmittags ¼3 und abends 8 Uhr:
dagegen der Vorträge des gesamten Künstlerpersonals des erstkl. Dezember-Programms
Jeden vierten Tag Programmwechsel.

Merseburger Rudergesellschaft
Heute Freitag abend 8½ Uhr:
Monatsversammlung
im Bootshause.
Der Vorstand.

VEREINIGTE THEATER

Kammer-Lichtspiele Kl. Ritterstrasse 3. — **Modernes Theater** Gr. Ritterstrasse 1.

Programme von Freitag bis Montag:

Mit Büchse und Lasso!
5 Teil:
Durch Not und Tod.
Amerikan. Wild-West-Sensations-Film in 6 Akten.
Die wildesten Szenen rollen in diesem Teil vor den Augen des Zuschauers vorbei

Der keusche Joseph
Tolles Lustspiel in 3 Akten mit Hugo Fischer-Köppe.

Nobody 11
Der Hotelschreck!

Anfang 5 Uhr. — Sonntag 3 Uhr.

In den Kammer-Lichtspielen von nachmittags 3 Uhr an: **Große Jugend-Vorstellung.**

Gräfin Walewska!
Napoleons Liebe.
6 Akte von Willy Rath und Paul Georg. Hauptrolle: **Hella Moja, Rudolf Leitinger**
Spannende, herrliche Handlung.
Das erste amerikanische Drama:

Zwischen zwei Welten!
oder: **Das Geheimnis von San Franzisko!**
Seltenes, spannendes Schauspiel in 6 Akten mit hervorragenden amerikanischen Künstlern.

Alle Sorten Schuhwaren für den Winter

in
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu billigsten Preisen.

Schuhwarenlager Gotthardtstr. 32.
Inh.: Willy Ehrentraut.
Verkaufszeit 9–6 Uhr, Sonntag von 1–5 Uhr geöffnet.

1000 Mk. Belohnung!

In der Nacht vom Mittwoch, den 7. zu Donnerstag, den 8. Dezbr. wurde aus unserer am Ellerbacher Weg zu Lützen belegenen Scheune ein 4-pferd. Gleichstrom-Elektromotor durch gewaltsamen Einbruch gestohlen. Alle Personen, die zur Auffindung des Diebesgutes oder zur Feststellung der Täter etwas angeben können, werden gebeten, dies persönlich oder schriftlich bei der Polizeiverwaltung Lützen od. der nächsten Landjägerstation zu tun. Vollste Verschwiegenheit wird zugesichert. Die Belohnung von

Eintausend Mark

wird nach Entscheidung der Polizeiverwaltung Lützen an diejenigen Personen verteilt, die sich um die Auffindung des Motors oder Feststellung der Täter verdient gemacht haben. Eine genaue Beschreibung des Motors liegt bei der Polizei am Ort dieser Zeitung.

F. A. Müller G. m. b. H.
Lützen.
Telefon 3. Telefon 3.

Empfehle als außerordentlich preiswert:

Margarine
sehr feine Qualität, Pfd. nur Mk. 27.—

Die berühmte echte Hennings Tafel-Nuß-Butter-Margarine
Pfd. nur Mk. 32.—

Schmalz, das allerfeinste
gar. reines amerik., Pfd. nur Mk. 30.—

Marmelade, nur mit garant. Zucker eingekocht
feinste gemischte, Pfd. nur Mk. 6.—
allerfeinste Vierfrucht, Pfd. nur Mk. 8.—
gar. reine Himbeer, Pfd. nur Mk. 14.—
gar. reine Erdbeer, Pfd. nur Mk. 14.—
gar. reine Aprikosen, Pfd. nur Mk. 15.—

Kunst-Honig, Pfd. nur Mk. 5.50

Paul Näther Nachflg.
Fernruf 343. Merseburg. Markt 9.

Automobile

Hansa-Lloyd
N. A. G.
Brennabor
Hansa
Personen- und Lastkraftwagen
Generalvertretung:
Tel. 203 **Gustav Engel Söhne, Merseburg** Tel. 203
Auto-Reparatur-Werkstatt.

Leipziger Außenbahn-Akt.-Gesellschaft.

Vom Sonnabend, den 10. Dezember 1921 an, treten auf den Außenbahnlinien folgende neue Fahrpreise in Kraft:

Linien:	Einzelfahrscheine Werktags mit Zuschlag 10 Uhr bis 7,59 abends.	Einzelfahrscheine Werktags mit Zuschlag nach 9,00 abends an.	Einzelfahrscheine Sonntags-Wochenfiertags mit Zuschlag 8 bis 9,59 abends.	Einzelfahrscheine Sonntags-Wochenfiertags mit Zuschlag nach 9,59 abends.	Vergünstigungskarten. Arbeiterkarten für 40 Fahrten, nur gültig an Werktagen mit Fahrtzeit bis 6,59 abds.	Vergünstigungskarten. Arbeiterkarten für 40 Fahrten, nur gültig an Werktagen mit Fahrtzeit bis 8,59 abends.	Vergünstigungskarten. Arbeiterkarten ab 1. 1. 22. Für Erwachsene, nur gültig an Werktagen mit Fahrtzeit bis 8,59 abends.	Vergünstigungskarten. Arbeiterkarten ab 1. 1. 22. Für Schüler, nur gültig an Werktagen vor Fahrten zum Schulbesuch bis 8,00 abends.
	₰	₰	₰	₰	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Linie Hauptbahnh.-Schkeuditz								
Leipzig-Stahmeln	160	190	180	210	14.40	65.—	77.—	37.—
„ Lützschena	200	230	220	250	18.—	80.—	92.—	46.—
„ Landesgrenze	250	280	280	310	22.50	95.—	107.—	54.—
„ Altscherbitz	300	330	340	370	27.—	110.—	122.—	63.—
„ Schkeuditz	360	390	410	440	32.40	125.—	137.—	81.—
Möckern-Stahmeln, Stahmeln-Lützschena, Lützschena-Landesgrenze, Landesgrenze-Altscherbitz Altscherbitz-Schkeuditz	70	100	90	120	6.30	38.—	47.50	20.—
Möckern-Lützschena, Stahmeln-Landesgrenze, Lützschena-Altscherbitz, Landesgrenze-Schkeuditz	120	150	140	170	10.80	49.—	58.50	25.—
Möckern-Landesgrenze, Stahmeln-Altscherbitz, Lützschena-Schkeuditz	160	190	180	210	14.40	61.—	70.50	33.—
Möckern-Altscherbitz, Stahmeln-Schkeuditz	210	240	240	270	18.90	73.—	83.50	42.—
Möckern-Schkeuditz	260	290	300	330	23.40	86.—	97.—	51.—

Mit Rücksicht auf den Papiermangel müssen die bisherigen Fahrscheine aufgebraucht werden und gelangen von diesem Tage ab zu den erhöhten Preisen zur Ausgabe.

Gleichzeitig werden die bis einschließlich 9. d. Mts. ausgegebenen Knipskarten für den 24 Dezember 1921 gekündigt und müssen bis zu diesem Zeitpunkte abgefahren sein, da Ersatz nicht geleistet wird.

Die ausgegebenen Zuschlags-Knipskarten für Anrechts-Karten verlieren mit Ende des Jahres ihre Gültigkeit. Die bis dahin nicht abgeleisteten Fahrten werden anteilig vergütet.

Leipzig, am 8. Dezember 1921. **Die Direktion**

---

2 mittlere kräftige Belgier
zur Auswahl von 8 Stück mittelfährig guten Arbeitspferden
1 mittleren und 1 großen Preußen
verkauft sofort sehr billig
Fuhrgeschäft Croner, Halle a. S.
Böckstraße 10. Telefon 5842.

Landgasthof
mit zirka 30 Morgen großer Wirtschaft, hinter Cöthen gelegen sofort bei 80–100 000 Mk. Anzahl. zu verkaufen durch
Albert Franke,
Merseburg, Lindenstr. 11.

Besonders günstige Kaufgelegenheit in allen
Gebrauchs- und Geschenkartikeln
für
Haus und Herd.
Ein Waggon
- Steingut -
zu noch sehr billigen Preisen eingetroffen.
Vorteilhafte Waschgarnituren
:-: und Küchengarnituren :-:
Einzelne Ergänzungsteile.
- Teller -
billig.

Sehenswerte Spielwarenausstellung

Sonntag von 1–6 Uhr geöffnet.

Paul Ehlert Nfg.
Merseburg Entenplan.

Pferdezucht-Verband der Provinz Sachsen.

Hengstversteigerung
findet am Mittwoch, 18 Jan. 1922, vormittags 11 Uhr in d. Viehhalle am Ostbahnhof zu Stendal statt.
Es gelangen eine größere Anzahl
Hengste belgischen Schlages
zur Versteigerung. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle **Halle a. S.**, Reilstr. 78.

Platin-, Gold-, Silberbruch, Uhren, Ketten, Ringe, Alte Zahngebisse, Alte Münzen
kauft zu wirklich reell hohen Preisen
Händler Vorzugspreise
Metall-Kontor A. Abramowitz,
Halle a. S.
Schmeerstraße 14. 1 Tr.
(Kein Laden).

Lastkraftwagen-Führer
mit Führerschein für sofort gesucht
Beyer & Co.

Einen **Schafbock** (Rambulle) zur Zucht verkauft Crölpiwitz 23.

Beschedenes kleines
möbl. Zimmer
sofort zu mieten gesucht. Angeb. u. G. R. 40 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer
sucht junger Kaufmann in gutem Hause zum 1. 1. 22, evtl. geg. Kohlenlieferung. Off. unter „H. U. 22" an die Geschäftsst. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211209-11/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 289 des Merseburger Tageblattes

Freitag den 9. Dezember 1921

Tagesordnung zur Stadtverordneten-Sitzung.

Der Tagesordnung der Stadtv.-Sitzung entnehmen wir folgende Punkte:

3. Erhöhung des Beitrages für den Reichsstädtebund.

Der Magistrat beschließt: Der Jahresmitgliedsbeitrag der Stadt für den Reichsstädtebund wird von 426 M auf 714 M erhöht.

In den Haushaltsplan der Allgemeinen Verwaltung für 1921 sind als Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft der Stadt beim Reichsstädtebund 426 M eingestellt. Infolge der allgemeinen Teuerungsverhältnisse, Gehalts- und Lohnerhöhungen usw. sah sich der Reichsstädtebund bereits gezwungen, den Jahresbeitrag auf 714 M zu erhöhen.

4. Bewilligung der Mehrausgaben durch die Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Der Magistrat nimmt von der dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 21. November 1921 Kenntnis, wonach vom 1. Oktober 1921 eine Erhöhung der Grundgehaltssätze der Beamten erfolgt ist. Die Neuregelung ist auf Grund des bestehenden Gemeindebeschlusses, nach dem die Besoldung der städtischen Beamten nach den staatlichen Besoldungsgesetzen und Verordnungen zu erfolgen hat, bereits durchgeführt.

Die Mehrausgaben betragen für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 rund 494 500 M. Die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel, soweit sie nicht durch die Einzelverwaltungen unmittelbar getragen werden, wird späterer Beschlußfassung vorbehalten.

Begründung: Die mehrfachen ganz ungewöhnlichen Teuerungswellen der letzten Wochen und Monate haben eine grundlegende Aenderung der Besoldungen der Reichs- und Staatsbeamten erforderlich gemacht. Die Grundgehaltssätze sind danach vom 1. Oktober 1921 ab wesentlich erhöht. Der Ortszuschlag in Ortsklasse B, in der sich Merseburg befindet, schwankt zwischen 2400 bis 6000 M. Die Kinderbeihilfe beträgt vom 1. Oktober 1921 monatlich: für Kinder bis zu 6 Jahren 150 M, für Kinder von 6—14 Jahren 200 M, für Kinder von 14—21 Jahren 250 M. Daneben werden vom 1. 10. 1921 ab zum Grundgehalt, Ortszuschlag und zur Kinderbeihilfe ein Teuerungszuschlag von 20 Proz. gewährt. Die Mehraufwendungen der Stadt für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 betragen insgesamt: 494 500 M. Hiervon werden durch die Verwaltungen 77 689 M voraussichtlich selbst gedeckt. Für die fehlenden 416 811 M ist Deckung zur Zeit nicht vorhanden. Offen ist noch die Frage, welcher Betrag vom Reich zur Verfügung gestellt werden wird und ob er ausreicht, um den gesamten Mehrbedarf der Gemeinden zu decken, oder ob die Vorschüsse nur für einen Teil des Bedarfs ausreichen werden.

5. Bewilligung der Mehrausgaben für die Angestelltenbesoldung.

Der Magistrat nimmt davon Kenntnis, daß die Dienstbezüge der Tarifangestellten vom 1. Oktober 1921 ab nach anliegendem Tarif infolge der eingetretenen Teuerung entsprechend den staatlichen Grundsätzen erhöht worden sind. Die Mehrkosten betragen für die Zeit vom 1. 10. 1921 bis 31. März 1922 rund 141 700 M. Die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel, soweit sie nicht durch die Einzelverwaltungen unmittelbar getragen werden, wird späterer Beschlußfassung vorbehalten.

Begründung: Infolge der ungewöhnlichen sprunghaften Steigerung aller Lebensmittel sind auch zwischen dem Kommunenverbande und den 3 Angestellten-Spitzenverbänden längere Verhandlungen über Erhöhung der Dienstbezüge der Angestellten geführt worden, die schließlich zu den in anliegendem Tarif getroffenen Vereinbarungen und Gehaltsfestsetzungen für die Angestellten geführt haben.

Von den Mehrkosten von 141 700 M sind voraussichtlich 49 619 M gedeckt. Für die fehlenden 95 078 M ist Deckung zur Zeit noch nicht vorhanden. Für die Beamten und Dauerangestellten wird voraussichtlich das Reich den Ländern und diese wieder den Gemeinden Vorschüsse zur Verfügung stellen, vorbehaltlich der späteren endgültigen Deckung.

Für die Aufbesserung der Bezüge der Hilfsangestellten (Tarifangestellten) und Arbeiter sind jedoch Vorschüsse nicht bereit gestellt. Sobald die Regelung der Deckungsfrage für die Beamtengehälter durch das Reich endgiltig erfolgt ist, wird der Stadtverordnetenversammlung alsbald weitere Vorlage wegen der ungedeckten Aufwendungen für die Angestellten zugehen. Wegender Aufwendungen für die städtischen Arbeiter hat ein entsprechender Antrag des Magistrats der Stadtverordnetenversammlung bereits in der Sitzung am 28. November 1921 zur Beschlußfassung vorgelegen.

6. Erhöhung der Stundenvergütung für techn. Lehrerinnen.

Der Magistrat beschließt, die Stundenvergütung für die technischen Lehrerinnen vom 1. Oktober d. J. an rückwirkend von 5 M auf 8 M zu erhöhen. Die Mehrausgaben von 1560 M für 1921 ist dem Ansatz 5 1c der außerordentlichen Rechnung für 1921 von 500 000 M zur Deckung von Merhausgaben der ordentlichen Rechnung zu entnehmen und bei den entsprechenden Ansätzen des Ausgabehaushalts der einzelnen Schulen in Ausgabe-Zugang zu stellen. Es stehen bei Ansatz 5 1c noch 168 800 M zur Verfügung.

Begründung: Eine Stundenentschädigung von 5 M kann als ausreichend nicht mehr angesehen werden. Nachdem für die staatlichen Lehranstalten dieser Satz auf 8 M erhöht worden ist, ist die gleiche Erhöhung auch für die städtischen Schulen am Platze.

7. Entschädigung des Hausmeisters der Volksschule an der Wilhelmstraße.

Der Magistrat beschließt unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses vom 22. d. M. gemäß den Vorschlägen der Wohlfahrts- und Schuldeputation vom 17. bezw. 24. d. M. dem Hausmeister der Volksschule an der Wilhelmstraße rückwirkend vom 1. Oktober d. J. an zugewiesen: a) für die Bedienung des Volksbades anstelle der bisherigen Entschädigung von jährlich 600 M eine solche von jährlich 1200 M, b) für die Bedienung des Schulbades neu eine Entschädigung von jährlich 600 M. Die Mehrausgabe für 1921 mit zusammen 600 M ist dem Ansatz 5 1c der außerordentlichen Rechnung für 1921 von 500 000 M zur Deckung von Mehrausgaben der ordentlichen Rechnung zu entnehmen.

Begründung: Zu a) Der Besuch des Volksbades ist bereits im Jahre 1920 ein sehr starker gewesen. Es wurden rund 6200 Wannen- und rund 3000 Brausebäder verabreicht. In diesem Jahre wird die Zahl der Bäder 12 000 sehr übersteigen. Bei Zugrundelegung einer Entschädigung von nur 10 ₰ für jedes Bad würde sich eine Gesamtentschädigung von 1200 M ergeben. Zu b) Es erscheint billig, den Hausmeister auch für seine Arbeit im Schulbade, die er bisher umsonst leistete, zu entschädigen. Ein Jahresbeitrag von 600 Mark wird für angemessen gehalten. In den anderen Schulhäusern gibt es Badeeinrichtungen nicht. Von einer Erhöhung der Entschädigung für Reinigung pp. der Turnhalle hat der Magistrat abgesehen. Diese Arbeit ist infolge des Linoleumbelages wesentlich leichter als in der mit Holzdielung versehenen Turnhalle in der Brauhausstraße, wodurch der Unterschied in der Größe ausgeglichen wird. Auch das Ausklopfen der Matten ist wegen ihrer geringeren Schwere und Größe leichter.

8. Erneuerung des Hundezwingers im Hause Burgstr. 3.

Begründung: Der Zwinger im städtischen Hause Burgstraße 3, welcher zur Aufnahme der ohne Steuermarken aufgegriffenen Hunde dient, ist durch den starken Gebrauch und durch die Ungebärdigkeit der eingesperrten Hunde derartig mitgenommen, daß er dringend einer Erneuerung bedarf, und zwar ist es nach dem Gutachten der Bauverwaltung unbedingt erforderlich, daß der Zwinger, um dauerhaft zu sein, aus Eisen hergestellt wird. Die Kosten für diese Instandsetzung werden etwa 5000 M betragen und müssen aus dem Ansatz der außerordentlichen Rechnung zur Verfügung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung entnommen werden, wo noch 52 000 M zur Verfügung stehen. Die Ausgabe selbst ist bei weitem gedeckt durch das Mehreinkommen der Hundesteuern, welches nach einem vorsichtigen Anschlage der Steuerverwaltung auf etwa 40 000 M bemessen ist und sich dadurch begründet, daß seit dem Einsetzen der schärferen Ueberwachung die Zahl der steuerpflichtigen Hunde sich von 400 auf 800 erhöht hat.

9. Bedingungen für Benutzung der städt. Turnhallen durch die Turn- und Sportvereine.

Begründung: Die, die beiden städtischen Turnhallen z. Zt. benutzenden 5 Turnvereine, welche bis zum Jahre 1920 einen Satz von 20 M jährlich als Ablösung der Beleuchtungskosten an die Stadt zahlten, jetzt aber die vollen durch sie verursachten Kosten hatten übernehmen sollen, haben gebeten, es auch in Zukunft bei der bisherigen Zahlung von je 20 M bewenden zu lassen.

Der Magistrat hat in Anbetracht der gemeinnützigen Bestrebungen der Turnvereine beschlossen, von diesem Rechnungsjahre an von jeder Entschädigung unter den in dem Beschluß niedergelegten Bedingungen abzusehen, trotzdem erst vor kurzer Zeit die auf Wunsch der Turnvereine in den Hallen eingerichtete elektrische Beleuchtungsanlage ganz auf städtische Kosten geschaffen worden ist. Um ein wie weitgehendes Entgegenkommen es sich auch hierbei handelt, ergibt sich daraus, daß schon unter Zugrundelegung des Gas- und Stromverbrauchs im Winter 1920 und der damaligen niedrigen Gebühren von den Vereinen hätten aufgebracht werden müssen, 1. für die Turnhalle in der Brauhausstraße 580 M, 2. für die Turnhalle in der Wilhelmstraße 843 M. Berechnung der jetzigen Kosten wird nachgereicht.

10. Zustimmung zu einem Fluchtlinienplan.

Der Magistrat beantragt, folgenden Beschluß fassen zu wollen: Dem von der Bauverwaltung für die Gegend zwischen Weiße Mauer, Linden-, Hallesche-, König Heinrichstr. und Straße C an der Landesversicherungsanstalt im August 1921 aufgestellten Fluchtlinienplan wird zugestimmt.

Begründung: Für das Gelände zwischen Weiße Mauer, Linden-, Hallesche-, König-Heinrichstr. und Straße C an der Landesversicherungsanstalt ist ein neuer Fluchtlinienplan aufgestellt worden, durch den die bisher für diesen Stadtteil gültigen Fluchtlinien teilweise aufgehoben und durch neue ersetzt werden. Es werden hierdurch Mängel beseitigt.

11. Gemeindebeschluß über Straßenbeleuchtung.

Der Magistrat beschliet grundsätzlich: Bei Neueinrichtung von Straßenbeleuchtungskörpern, die über das bis zum 2. Dezember 1921 von der Stadt beschlossene notwendige oder über das von der Polizei als notwendig festgesetzte Maß hinausgehen, werden die Kosten gemäß § 9 des Kommunalabgabengesetzes auf diejenigen Grundeigentümer und Gewerbetreibende, denen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, dergestalt verteilt, daß die erstmaligen Anlagekosten von ihnen ganz, die laufenden Unterhaltungs- und Stromkosten zur Hälfte von ihnen und zur Hälfte von der Stadt getragen werden.

Begründung: Die Anträge auf Verbesserung der Straßenbeleuchtung haben sich ganz besonders in letzterer Zeit wieder stark gemehrt, ohne daß in den einzelnen Fällen eine polizeiliche Notwendigkeit oder auch nur ein überwiegend öffentliches Interesse anerkannt werden könnte (!!). Die Stadt ist aber bei ihrer genügsam bekannten schlechten Geldlage völlig außer Stande, über das vom polizeilichen oder sonstigen öffentlichen Interesse hinaus erforderliche Maß auf ihre alleinigen Kosten für Straßenbeleuchtung zu sorgen, so gerne sie dies an sich täte. Um aber die Möglichkeit einer besseren Straßenbeleuchtung auf Wunsch der Interessenten nicht auszuschließen, hat der Magistrat beschlossen, allen berechtigten Wünschen, vorbehaltlich der Nachprüfung im Einzelnen, zu entsprechen und von der Befugnis des § 9 des Kommunalabgabengesetzes Gebrauch zu machen, nach welchem den Grundstückseigentümern Beiträge zu den Kosten von Veranstaltungen auferlegt werden können, wenn ihnen durch die Herstellung und Unterhaltung dieser Anlagen besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen. Darüber, daß die Anlagen von

---

Unter falscher Flagge.

Roman von M Wiht.

(Nachdruck verboten.)

Er hatte es mit gedämpfter Stimme gesprochen, aber die inhaltsschweren Worte waren nichtsdestoweniger wie Keulenschläge auf Herbert von Malzyn niedergefallen. Und in diesem Moment dachte auch er nicht an Gerda, sondern nur an sich selbst — an seinen Namen, an die Ehre seiner Familie und das unbefleckte Wappen seines alten Geschlechts. Stand er doch hier auf dem Boden, der Jahrhunderte hindurch das Eigentum seiner Vorfahren gewesen war, und hatte er es sich doch als Lebensaufgabe gesetzt, dem Geschlecht der Malzyn diesen geheiligten Boden zurückzugewinnen. In Paul Volkhardts Gegenwart hatte er das Gelöbnis abgelegt, nicht zu ruhen und zu rasten, bis er sein Ziel erreicht und das Schicksal seines unglücklichen Verwandten an dem schurkischen Creter gerächt habe.

Wie hätte er jetzt noch daran denken können, dieses nämlichen Mannes Tochter zu seinem Weibe zu machen!

Nach einer Minute des Schweigens wandte er sich an die stumm und totenbleich dastehende Gerda:

„Verhält es sich so, wie Ristow sagt?"

„Ja."

„Und seit wann hast du davon Kenntnis gehabt?"

„Erst seit einer kurzen Reihe von Tagen. Ich erfuhr es durch Zufall, und von Anfang an hegte ich die Absicht, es dir zu sagen. Ich habe auch wiederholt einen Anlauf dazu genommen, aber im entscheidenden Augenblick entfiel mir doch immer wieder der Mut."

Sie brach plötzlich in Tränen aus und verbarg das Gesicht in den Händen.

„Oh, wenn du ahnen könntest, was ich unter diesem Verschweigen gelitten habe!"

Mit einer Gebärde, die sich nicht mißdeuten ließ, wandte Herbert von Malzyn sich an Ristow.

„Ich möchte dir beinahe zürnen, daß du mich aufgeklärt hast. Und doch mußte es geschehen! Also Volkhardt und Creter sind die nämliche Person. Ich gestehe, daß mir in der letzten Zeit mehr als einmal eine derartige Vermutung aufgestiegen ist. Aber immer wieder habe ich sie als etwas völlig Unmögliches weit von mir gewiesen. — Es wird doch nichts Gewaltsames geschehen, Ristow?"

„Nicht, soweit es dabei auf mich ankommt. Ich glaube jetzt einen besseren Weg gefunden zu haben, um zu meinem Recht und zu meinem Glück zu gelangen. Aber wir werden darüber zu einer anderen Zeit sprechen. In diesem Moment bin ich hier doch wohl zuviel."

Er verbeugte sich gegen Gerda und entfernte sich raschen Schrittes. Auch Gerda machte eine Bewegung, als ob sie fortgehen wolle, aber ein bittendes Wort Malzyns hielt sie zurück.

„Nein, so dürfen wir uns nicht trennen. Laß uns zum Strande hinabgehen. Ich kann mich nicht aussprechen, solange wir uns auf diesem Boden befinden."

Er bot seine ganze Willenskraft auf, um ruhig und gefaßt zu erscheinen. Sein Gesicht war sehr ernst, vielleicht sogar hart. In seinen Augen aber spiegelte sich ein namenloser Kummer. Sie schwiegen, bis sie den Park hinter sich hatten. Zwischen den Dünen, fast an derselben Stelle, wo sie die glücklichsten Stunden ihres Lebens zugebracht, blieben sie stehen.

„Hast du mir noch etwas zu sagen?" brach Herbert von Malzyn endlich die drückende Stille, die bis zu diesem Augenblick zwischen ihnen geherrscht. Und Gerda erwiderte:

„Es ist wohl nicht mehr viel, was ich dir sagen könnte! Vor allem aber mußt du dies hier zurücknehmen."

Sie hatte den schlichten Goldreif vom Finger gestreift, den Herbert ihr gegeben, und legte ihn nun in seine Hand. Er nahm ihn, ohne sich zu sträuben. Aber er drehte ihn eine Weile zwischen den Fingern und blickte so abwesend drein, als wäre er sich gar nicht bewußt, was diese Rückgabe zu bedeuten habe.

„Es ist der Ring, der das Symbol unseres Verlöbnisses sein sollte — nicht wahr?"

„Ja. Und deshalb darf ich ihn nicht behalten. Vor kurzem noch war er das köstlichste Kleinod, das ich besaß. Jetzt aber hätte er mich nicht furchtbarer brennen können, wenn er von glühendem Eisen gewesen wäre. Du hast gegen die Tochter des Wucherers von diesem Augenblick an keine Verpflichtungen mehr, Herbert!"

Er sah vor sich nieder, und schwere Atemzüge hoben seine Brust.

„Die grausamen Umstände fordern, daß wir ganz ehrlich gegeneinander sind, Gerda," sagte er endlich. „Aber wir dürfen doch auch nichts überstürzen. Ich fühle, wie schwer du gelitten haben mußt, und ich habe ja nun auch die Erklärung für dein verändertes Aussehen wärend dieser letzten Tage. Ich zweifle nicht, daß du mir auch ohne äußeren Zwang alles offenbart haben würdest — —"

„Ich danke dir, Herbert, daß du wenigstens den Glauben an mich noch nicht ganz verloren hast!"

„Oh, wie konntest du vermuten, daß es so wäre! Ich bitte dich vielmehr, Nachsicht mit mir zu haben, wenn ich Worte sprechen sollte, die dir weh tun. Ich bin wohl nicht voll verantwortlich dafür zu machen, denn ich befinde mich in einer Gemütsverfassung, die mich kaum zu einem klaren Gedanken kommen läßt. Du weißt, daß es Paul Creter war, der meinen unglücklichen Verwandten bestohlen und ihn in Verzweiflung und Tod gehetzt hat. Du weißt auch, daß ich gelobt habe, ihn dahin zu bringen, wohin er gehört, nämlich ins Zuchthaus! Wie soll ich mich jetzt mit der Vorstellung abfinden, der Tochter dieses Mannes den Namen des unglücklichen Verstorbenen zu geben!"

Gerda hatte tapfer sein wollen, aber sie konnte nun doch nicht verhindern, daß ihr aufs neue die Tränen aus den Augen stürzten.

„Nein, ich verstehe sehr wohl, daß du es nicht kannst, und ich begreife auch, daß du aufgehört haben mußt, mich zu lieben."

„Ich sollte aufgehört haben, dich zu lieben? Ach, das kann dein Ernst nicht sein! Ich liebe dich mehr denn je, und ich vermag mir in dieser Stunde noch nicht vorzustellen, wie ich ein Leben ohne dich ertragen soll!

In hoffnungsloser Traurigkeit schüttelte Gerda den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211209-11/fragment/page=0005

Straßenbeleuchtung zu den öffentlichen Anlagen gehören, deren Kosten auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes umgelegt werden können, besteht rechtlich kein Zweifel, da dies vom Oberverwaltungsgericht bereits anerkannt worden ist. Die Durchführung der Umlegung ergibt sich im einzelnen aus den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes und unserer Ortssatzung, betr. die Entrichtung von Beiträgen zur Herstellung und Unterhaltung von Anlagen, die dem öffentlichen Interesse dienen vom 8. März 1921 d. h., es muß in jedem einzelnen Falle ein Gemeindebeschluß gefaßt werden, welcher mit den im Gesetz angeführten Rechtsmitteln anfechtbar ist.

Da nach den gesetzlichen Bestimmungen die Beiträge der Interessenten — was ja auch im Ausdrucke „Beitrag" liegt — nicht in ihrer Summe den vollen Kostenbetrag für Einrichtung und Unterhaltung der Anlagen erreichen dürfen, hat der Magistrat beschlossen, von den Beitragspflichtigen nur die Einrichtungskosten und die Hälfte der laufenden Unterhaltungs- und Beleuchtungskosten einzuziehen und die Hälfte der laufenden Unterhaltungs- und Beleuchtungskosten somit auf die Stadt zu übernehmen.

Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht.

Beginn der Zeugenvernehmungen.

Zu Beginn der Verhandlung bittet der Angeklagte v. Jagow ein Mißverständnis aufklären zu dürfen, das er in der gesamten Presse findet. Er erklärt, ich habe gelesen, daß ich bereit gewesen sei, von Kapp-Lüttwitz ein Amt zu übernehmen. Das ist ein absolutes Mißverständnis. Ich bin juristisch verpflichtet gewesen, jedes Amt zu übernehmen, das nicht niedriger ist als das zuletzt geleitete. Zum andern bemängelt der Angeklagte Jagow die Beleuchtung des Saales u. das Fehlen von Tischen für die Angeklagten. Er könne sich keine Notizen machen und fühle sich dadurch in der Verteidigung beschränkt. Dem Wunsche ist Rechnung getragen worden. Im Laufe der Verhandlung erhalten sämtliche Angeklagte Tische für die Akten.

Hierauf wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der erste Zeuge ist der

Kaufmann Fritz Grabowski aus Berlin.

Er berichtet, daß er mit Kapp viel über wirtschaftliche Fragen gesprochen habe. Unter anderem führt er über die viel erwähnte Nationale Vereinigung folgendes aus: Die Nationale Vereinigung sollte gewissermaßen eine Ueber-Parteiorganisation werden zur Gesundung des Volkes. Im Falle einer Ueberrennung der Regierung durch linksradikale Elemente war vorgesehen, wie diesem zu begegnen sei. Es sollte eventuell ein Widerstand des Bürgertums organisiert werden.

Auf die Frage des Präsidenten gibt der Zeuge an,

nie eine Mitgliederliste gesehen zu haben.

Kapp und Lüttwitz sind seines Wissens nicht Mitglieder der Nationalen Partei gewesen.

Zu den Vorgängen des 13. März bekundet der Zeuge: Ein Mann kam zu mir und sagte, daß Kapp in der Reichskanzlei sitze und auf dem Potsdamer Platz eine Militärkapelle konzertiere. Ich ging darauf hinaus und begab mich nach der Reichskanzlei.

In der Reichskanzlei habe ein absoluter Wirrwarr geherrscht.

Inbezug auf Dr. Schiele hat er den Eindruck gehabt, als wenn Dr. Schiele Vertrauensmann von Kapp sei.

Der Oberreichsanwalt fragt, **ob der Zeuge den Dr. Schnitzler schon früher gekannt habe.**

Zeuge: Ich habe ihn im Schützenkorps kennen gelernt. Schnitzler war ein ungewöhnlich kluger Mann, er hat mit mir zusammen in der Vereinigung gearbeitet.

Ueber die politische Seite der Vorgänge vom März 1920 bekundet der Zeuge: Ich habe den Eindruck gehabt, als wenn es sich damals um einen Demonstrationszug der Brigade Ehrhardt handelte, um zu zeigen, daß wieder Militär da sei. Da aber die Reichsregierung floh und sozusagen ein Vakuum entstand, sind Ehrhardt und Lüttwitz erst dann darauf verfallen, eine neue Regierung zu bilden. In dieser Ansicht bin ich durch den Wirrwarr in der Reichskanzlei bestärkt worden. Niemand war auf eine solche Arbeit vorbereitet.

Oberreichsanwalt: Wie erklären Sie sich dann die Verbindung Ehrhardt mit Kapp?

Zeuge: Ich glaube, wenn die Regierung einen Vertrauensmann geschickt hätte, daß mit diesem verhandelt worden wäre.

Oberreichsanwalt: Wissen Sie, daß noch mehrere bedeutsame Persönlichkeiten früh um 6 Uhr ans Brandenburger Tor bestellt wurden, was doch für gewöhnlich nicht zu geschehen pflegt.

Zeuge: Ja, ich habe das in der Zeitung gelesen. Den Zusammenhang vermag der Zeuge nicht genau zu erklären.

Hierauf wird zu der

Verlesung der Urkunden.

übergegangen, die Kapp und Lüttwitz als „Amtliche Verordnungen" veröffentlicht und bekanntgemacht haben. Es handelt sich um die Bekanntmachungen und Kundgebungen von der Absetzung und der Flucht der Reichsregierung und der Auflösung der preußischen Landesversammlung, die gewöhnlich mit „Kapp, Reichskanzler" oder „Kapp, Ministerpräsident" unterzeichnet sind.

Nach Verlesung eines längeren Aktionsprogramms, das hauptsächlich Gesetzentwürfe und gesetzgeberische Maßnahmen enthält, und von Dr. Schnitzler ausgearbeitet sein soll,

behaupten alle 3 Angeklagte aufs bestimmteste, diese Schriften nicht zu kennen.

Aus dem Inhalt ist noch hervorzuheben, daß verschiedene Wendungen gegen Streiks gerichtet sind, ferner werden die Festsetzung der Minister und die Ausmerzung aller aus der Revolution hervorgegangener Beamten behandelt.

Ein von Kapp und Lüttwitz unterzeichneter Erlaß besagt, daß die öffentliche Gewalt an die militärischen Befehlshaber übergegangen ist. Diese Schrift ist als Befehl an die Truppenkommandos gerichtet. Er berechtigt auch, die Regierungen abzusetzen, **wenn sie sich nicht unterwerfen. Weiter kommen die sieben Punkte zur Verlesung, die als Grundlage zu einer Verbindung der neuen mit der alten Regierung gelten sollten.** Von Lüttwitz ist ein Erlaß unterzeichnet, der das Erscheinen aller Zeitungen verbietet, die unwahre Mitteilungen über die neue Regierung verbreiten.

Ferner werden

Tagebuchnotizen des Dr. Schnitzler

verlesen. Von Interesse sind folgende: Dienstag, 3. Juni 11—9 Uhr bei Ludendorff, viele Aenderungen, die meisten anzunehmen. 27. Juni abends bei Papst mit Bauer: Noske umgefallen, nach links gerückt. 15. Sept. bei Kapp. Er 7 Uhr zu Lüttwitz. 4 Uhr bei Ludendorff. Nachmittags bei Schiele. Sache über Diktatur der Mitte ausgearbeitet.

Zwei Briefe an Schriftsteller Karl Schnitzler-Berlin.

Darin heißt es, daß die Stunde zu einem Gegenstoß erst kommen muß, wenn die Entente dazu bereit ist, und wenn die Verhältnisse sich so verschlechtert haben, daß es keinen Ausweg mehr gibt. Dieser Zeitpunkt ist aber in allernächster Nähe. Die jetzigen Machthaber wollen nichts als die Sicherheit ihrer Köpfe. Wenn man ihnen diese verspricht, so werden sie nichts dagegen einzuwenden haben. Die Deutschen sind immer noch regierungsfromm. Ebenso besteht die Ueberzeugung, daß die Regierung dazu sei, Ordnung zu machen. Dieser Brief ist am 1. März 1919 geschrieben.

Der zweite Brief ist unter dem Titel „Der Bürgerkrieg" geschrieben und behandelt die Diktatur der Mitte, die als ein Widerspruch in sich bezeichnet wird. Eine Diktatur sei nur möglich, unter krassester Organisation wie beim Militär. Die Hoffnung, daß es in Deutschland gelingen werde, dem Bolschewistenumsturz zu begegnen, ist in der noch bestehenden Truppe zu suchen. Nur eine rein bürgerliche Diktatur wird Vertrauen haben. Wir halten also eine Diktatur der Mitte für falsch und müssen einer solchen widersprechen.

Nach einer halbstündigen Verhandlungspause wird die Verhandlung um 1 Uhr nachmittags fortgesetzt.

Es kommen zunächst kleinere Urkunden und Briefe zur Verlesung, die Dr. Schiele unterschrieben hat. Dr. Schiele kann sich jedoch nicht an diese Schriften erinnern.

Ein Brief vom 29. Januar 1920

von Trebitsch-Lincoln an Oberst Bauer

geschrieben, enthält folgendes: Sehr geehrter Herr Oberst! Ich sehe mich leider gezwungen, meine gemeinschaftliche Arbeit aufzugeben. Wir arbeiten seit längerer Zeit daran,

den Entente-Staaten unsere Lage klarzulegen.

Doch infolge der andauernden Störungen, die nicht zuletzt auf den Kronprinzen zurückzuführen sind, ist es nicht möglich, darin weiter zu kommen. Die Frage der Wiedererrichtung der Hohenzollern-Dynastie **ist keine Frage der jetzigen Möglichkeit.** In der Verfolgung dieses Zieles, dem Kronprinzen den Thron zurückzugeben, kann man niemals ein Resultat erwarten. Ebenso aussichtslos ist die Erwägung, die Hohenzollern mit Hilfe Englands wieder einsetzen zu können.

Die Verteidigung beantragt im Anschluß an die Verlesung dieses Briefes die Vernehmung des Grafen Brockdorff-Rantzau als Beweis dafür, daß Beziehungen zur Entente-

Von einem Schriftstück fehlt das erste Blatt. Vermutlich ist es an den Grafen Westarp gerichtet gewesen. Es ist von Kapp unterzeichnet und unter den Papieren Dr. Schieles gefunden worden. Darin heißt es u. a.: Nach den getroffenen Vereinbarungen sollten die Truppen die Regierung stürzen. Bei dem Beginnen standen mir die Machtmittel nicht zur Verfügung, um zu verhindern, daß es etwas ganz anderes wurde, als es geworden ist. Ehrhardt wurde von den beiden Generalen erklärt, daß die Sicherheitswehr gegen ihn marschieren werde. Daher wurde Ehrhardt veranlaßt, seine Bewegungen einzustellen. Infolgedessen wurde

meine Anordnung,

die Regierung Ebert zu verhaften, nicht ausgeführt.

Dadurch entstand der unglückliche Dualismus der zwei Regierungen. So wurde statt zu handeln von Anfang an nur verhandelt. Dadurch wurde dem Unternehmen die Stoßkraft genommen. Die zur Untätigkeit verurteilten Truppen wurden mißmutig und für die gegnerischen Einwirkungen zugängig. An dem Verrat und der verächtlichen

Lauheit der Generalität und der hohen Bürokratie

ist das Unternehmen gescheitert. Ich legte daher mein Amt in die Hände des General von Lüttwitz zurück. Noch am selben Tage wurde General von Lüttwitz durch verräterisches Eingreifen Maerckers zum Rücktritt gezwungen.

Von der Verteidigung wird die Echtheit des Briefes bezweifelt. Als darauf der Oberreichsanwalt die Ladung des Grafen Westarp beantragt, erklärt ein Verteidiger plötzlich,

die Echtheit des Briefes werde anerkannt.

Der Oberreichsanwalt zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Weiterhin kommt ein Brief des verstorbenen Herrn von Kessel an die Staatsanwaltschaft von Breslau zur Verlesung, worin sich der Briefschreiber über seine Ernennung zum kommissarischen Oberpräsidenten von Schlesien äußert.

Der Angeklagte v. Jagow bestreitet, daß er mit dieser Ernennung — Kessel hat ein Telegramm nur mit der Unterschrift „Innenminister" erhalten — irgendetwas zu tun habe.

Die Verteidigung beantragt außerdem die Verlesung der Urkunden über die Ernährungswirtschaft und über den Generalstreik. Es handelt sich um Erklärungen, die im „Berliner Nachrichtenblatt", das von der Kapp-Regierung herausgegeben worden ist, veröffentlicht worden sind.

Der Angeklagte von Wangenheim will mit dem Aufruf, der sich mit der Ernährung befaßt, nichts zu tun haben.

Anschließend kommt noch ein Aufruf der sozialdemokratischen Regierung Ebert zur Verlesung, **der eine Aufforderung zu einem umfassenden Generalstreik enthält, um mit schärfsten** Mitteln der Entreißung der Errungenschaften der Revolution zu begegnen.

Gegen 3¾ Uhr wird die Verhandlung auf den anderen Tag morgens 9 Uhr vertagt.

Der Kleppelsdorfer Mordprozeß.

Lähn, 7. Dez. Der heutige Tag brachte einen mit großer Spannung erwarteten Höhepunkt des Prozesses: den Lokaltermin auf Schloß Kleppelsdorf. Der Angeklagte, der mit einigen Aufsichtspersonen, den Gerichtsbeisitzern und den Vertretern der Presse in dem ersten Kraftwagen Platz genommen hatte, wurde von der Menge dicht umdrängt. Der Angeklagte verhielt sich auf der Fahrt durchaus schweigsam. Erst als der Wagen dicht vor Kleppelsdorf ist, wurde er puterrot und hatte offenbar Mühe, seine Erregung zu meistern. Langsam fuhren die Wagen ein. Ein entzückender Landsitz, nicht allzu groß, mit schönem Park, zeigte sich den Blicken. Das Schloß hebt sich mit seinem weißen Bau weit aus der etwas düsteren, melancholischen Gegend heraus. Viele Leute aus der Umgegend standen am Portal. Und als Grupen ausstieg, ballten sich Dutzende von Fäusten. Man rief ihm „Mörder" und „Schuft" zu. Wie immer mit unbeugsamer Energie schritt er an der Menge vorüber.

Im ersten Stockwerk, dem saalartigen Hauptzimmer, hatte der jetzige Besitzer Bingel, ein Schwager von Dörthes Mutter, einen Gerichtssaal sozusagen improvisiert. Man ging dann durch die Räume, die so ganz für Freude und Glück geschaffen zu sein schienen. Den Prozeßbeteiligten wurde zunächst das Winteretzimmer gezeigt, hart am Eingang, dort, wo die Treppe hinaufführt. Der Tisch war am Mordtage gedeckt, als die Tat geschah. Neben dem Speisezimmer liegt das seit der Tat versiegelte Mordzimmer, das man erst heute öffnete. Der erste Eindruck war furchtbar. Die Betten, in denen die Dörthe und die kleine Ursula ihr junges Leben aushauchen mußten, sind noch aufgewühlt. Die Kopfkissen heute noch blutbefleckt, der Fußboden mit zwei großen Lachen geronnenen Blutes bedeckt. Fräulein Zahn, immer in ihrer festen, aber leidenschaftslosen Art, gab alle näheren Erläuterungen. Grupen, der sich sehr ungezwungen bewegen durfte, griff nur wenig ein.

Ueber vieles brachte die Lokalbesichtigung Klarheit. Es kann nur eine Person aus der allernächsten Umgebung, und zwar aus dem Innern des Schlosses in Frage kommen. Draußen in dem lehmigen Boden zeigte sich damals keinerlei Fußspur. Außerdem hat das Mordzimmer keinen direkten Ausgang, und es war unmittelbar nach der Tat noch dazu verriegelt. Auch dann ergab sich ganz klar, wieso nämlich die drei Schüsse — zwei auf Dörthe, einer auf Ursula — nicht gehört worden sind. Dort, wo die Großmutter, Fräulein Mohr, die Irma, und, wie Grupen behauptet, auch er selbst sich beim Mühlespielen befanden, konnten die Schüsse unmöglich vernommen werden, und zu den Dienstmädchen in der Küche, die fast burgkellerartig etwas abseits liegt, konnte der Schall auch nicht dringen.

Die Zeugen bekundeten genau die Lage der aufgefundenen Patronenhülsen, die teils auf dem Vorleger am Waschtisch, teils unter der gegenüberliegenden Kommode und am Bett lagen. Die Dienstmädchen Mende und die Jungfer Hirsch mußten sich auf den Fußboden niederlegen, um zu zeigen, wie man Dörthe und Ursula fand. Auch das wurde klargestellt, daß Dörthe, als man ihr hilfeleistend beisprang, offenbar nicht mehr in der ursprünglichen Lage sich befand, sondern im Todeskampf sich umgewandt hatte. Bei Dörthe Rohrbeck ist die Einschußöffnung, wie Kreisarzt Dr. Peters aus Löwenberg berichtete, in der rechten Achselhöhle. Ihre Kleidung ist dreimal durchlöchert. Die Kugel ist durch Brust und Lunge gegangen bis in den hinteren Rachenraum. Der zweite Einschuß ist von hinten erfolgt, und zwar am Kopf. Die Kugel ist an der unteren Stirn herausgetreten. Bei der Ursula handelt es sich um einen sogenannten Steckschuß. Die Waffe ist ein Browning.

Der Vorsitzende frägt: Die am Schrank aus dem Zimmer herausführende Tür zur Rollstube soll stets unverschlossen gewesen sein? — Fräulein Zahn und die Jungfer Hirsch erwidern: Die Tür ist niemals verschlossen gewesen, aber nach der Tat war sie es. Das fiel uns sofort auf.

Beide Zeuginnen bleiben bei ihren Bekundungen. Von besonderer Bedeutung ist dabei noch die Aussage des Postverwalters Grimmig. Er kam eine Viertelstunde nach der Tat in das Zimmer. Händeringend habe Frau Eckert gesagt: „Ich verliere zwei Enkel auf einmal!" Die Mordwaffe lag auf dem Tisch. Grupen saß auf dem Sofa am Fenster, dem Bett gegenüber. Als alter Jäger wollte der Zeuge sofort für Sicherung der Pistole sorgen, denn er hielt sie für entsichert. Zu seinem Staunen habe er dann gesehen, daß die Waffe bereits gesichert war. Unter dem Rock der Ursula fand man den bekannten Abschiedsbrief an die Großmutter und einige Patronen. Beides soll nach der Anklage auf Suggestion durch den Angeklagten zurückzuführen sein.

Es sollen sich in den Abendstunden Schießversuche im Mordzimmer und die Vernehmung aller Personen anschließen, die am Mordtage anwesend waren. Grupen blieb bei den stundenlangen Erörterungen fast am frischesten von allen. Dieser Mann muß Nerven von Stahl haben.

Bei der Abführung Grupens von Schloß Kleppelsdorf — der Lokaltermin dauerte bis in die späten Abendstunden — kam es zu sehr starken Bedrohungen des Angeklagten.

Zur Kleppelsdorfer Tragödie.

† **Hirschberg**, 9. Dez. **Der gestrige Donnerstag brachte im Prozeß Grupen eine überraschende Wendung zu ungunsten des Angeklagten. Seine Stieftochter, die jetzt zwölfjährige Irma Schade, bekundete, daß Grupen in der Zeit, in der der Mord geschah, das Zimmer im ersten Stock, das er während der ganzen Zeit nicht verlassen haben will, doch verlassen habe.** (Näherer Bericht hierüber folgt in der morgigen Nummer.)

Gestrickte

Damen-Jacken

in Wolle und Kunstseide

Seidene Blusen

Wasch-Blusen

empfiehlt in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert

H. Schnee Nachfl.

A. & F. Ebermann

Halle a. S. Gr. Steinstr. 34.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 11. Dezember: (3. Advent.)

Gesammelt wird eine Kollekte für die deutsch-evangelische Diaspora.

Es predigen: **Dom.** Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Diakonus Wuttke.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde** in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wuttke.
Volksbibliothek: Geöffnet Sonntags von 11 bis 12 Uhr mittags.

Es predigen: **Stadt.** Vorm. 10 Uhr: Pastor Riem.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst, derselbe.

Evang. Männer- und Jugendverein.

Sonntag, abends 8 Uhr: **Versammlung.** — **Freitag**, abends 8 Uhr: **Bibelstunde** — An der Geisel 5. Pastor Werther.

Evang. Mädchenbund St. Maximi.

Dienstag, abds. 8 Uhr: **Chorgesang** in der Herberge zur Heimat. — Lehrer Busch.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Versammlung.** An der Geisel 5. — Pastor Riem.

Es predigen: **Altenburg.** Vormittags 10 Uhr: Pastor Kratzenstein.

Chor- und Sologesang.

Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Jugendgottesdienst.**

Neuschau. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kratzenstein.

Es predigen: **Neumarkt.** Vorm. 10 Uhr: Pastor Bott.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, abends 8 Uhr: **Versammlung** der konfirmierten Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Bibelbesprechstunde jeden Mittwoch, abends 8 Uhr: Karlstraße 4, Hof, eine Treppe.

Christliche Versammlung, Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**
Dienstag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**

Katholischer Gottesdienst, Merseburg.

Sonntag, den 11. Dezember 1921.

Früh ½7 Uhr: Beichte.
½8 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
½10 Uhr: Pfarramt mit Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Festandacht.
Sonnabends von 5 Uhr an Beichte.

Sonntag, d. 11. Dezember. ½10 Uhr in S[illegible]alstädt.

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose Katharre usw. **heilbar?**
Verl. Sie kostenl. San.-Rat Dr. Weise's ausführl. Druckschrift hierüber. Dr. Gebhard & Cie., Berlin W. 35, Potsdamer Straße 104.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211209-11/fragment/page=0006